

Wochenspiegel

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich bei Haus 2 RM. (halbjährlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Versandgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgeellschaft m. b. H. Dresden-U. Geschäftsstelle u. Verbindungsbüro: 2. Reinprechtstr. 17259 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgeellschaft / Herausgeber: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Zeitungsdruckerei: 17259 / Postleitziffer: Dresden Nr. 17259 / Druckerei: 17259 / Druckerei: 17259 / Zeitung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Zeitung: Amm Dresden Nr. 17259 / Druckerei: 17259 / Zeitung: Dresden-U. Donnerstag

Einzelpreis: Die neuromal gesetzte Nonpareillezeile oder deren Raum 0,25 RM. für Sammlerpreis 0,20 RM. für die Ablagezeitung anliegend an den dreipförmigen Teil einer Zeitung 1,00 RM. Einzel-Ablage wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Redaktion Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Bevölkerung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückholung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 1. März 1928

Nummer 52

Die Reichswehr-Korruption Ungeheure Ausdehnung des Phoebus-Scandals 30 Millionen Verluste

Die Welt am Abend meldet gestern über die Ausdehnung des Phoebus-Scandals unter der Überschrift „Der Panama-Scandal im Reichswehrministerium“ folgendes:

In der Phoebus-Affäre, von der man schon annehmen kann, daß sie belegt sei, sind neue Sensationen eingeplatzt. Es ist plötzlich bekannt geworden, daß sich die Weise, die das Reich hierbei zu tragen hat, nicht, wie vom Reichswehrministerium bisher behauptet wurde, auf 8 oder 10 Millionen, sondern auf annähernd 20 Millionen Reichsmark belaufen. Es stehen mit dem Phoebus-Scandal außerdem noch andere dantische Transaktionen des Seetransportabteilung des Reichswehrministeriums und ihres Leiters, Kapitän Lohmann, im Zusammenhang, die ebenfalls zu riesigen Verlusten geführt haben.

Zunächst hat man von einer Transaktion mit Spez erkundigt, in die die Lohmann und Konsorten 3-400 000 Mark hineingesteckt haben. Es handelt sich um die Reichswehrabteilung Bacon-U.-G., die unbegreiflicherweise vom Reichswehrministerium finanziell unterstützt worden ist und in deren Betrieb die genannte Summe verloren ging. Nach dem Reichswehrministerium soll sich noch der Reichsvermögensminister Schiele an diesem seltsamen Geschäft örtlich beteiligt haben.

Im Reichswehrministerium flüchten man noch immer nichts mehr, als die vollkommen öffentliche Bekündigung des einzigen lebenden Phoebus-Scandals, der sich mehr und mehr zu einem deutschen Panama auswächst. Man versteht deshalb mit allen Mitteln, Neuentstehungen zu unterdrücken und sich bemüht zu entziehen.

Gestern vormittag stand zu diesem Zweck im Reichswehrgebäude unter dem Vorhügel des Reichswehrministers Greener mit den Parteiführern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, aber darüber hinaus auch beobachtenderweise mit denen der Sozialdemokraten und Demokraten eine geheime Versprechung statt, bei der die Spezgeschäfte des Kapitäns Lohmann zur Entfernung standen.

Gestern vormittag stand zu diesem Zweck im Reichswehrgebäude unter dem Vorhügel des Reichswehrministers Greener mit den Parteiführern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, aber darüber hinaus auch beobachtenderweise mit denen der Sozialdemokraten und Demokraten eine geheime Versprechung statt, bei der die Spezgeschäfte des Kapitäns Lohmann zur Entfernung standen.

Es ist kennzeichnend für die sogenannte Opposition von Demokraten und Sozialdemokraten, daß sie hier miemachen und eine klare Bedeutung wollen, die weit ist, vor der Heiligenheit erörtert zu werden, damit ein jeder Klugheit über die Zustände im Reichswehrministerium erholt.

Der Reichswehrminister Greener hat in seiner Antrittsrede davon gesprochen, daß dem Kapitän Lohmann persönlich nichts nachzuwerken sei. Angesichts der neuen Tatschungen dürfte es aber notwendig sein, gegen diesen Herrn endlich kraftrechtlich vorzugehen. Morgen wird sich der Haftsaufschluß des Reichstages mit dem Phoebus-Scandal zu beschäftigen haben. Es muß gefunden werden, daß endlich die ganze Wahrheit über die gewaltigen Verluste der Reichswehr gelagt wird.

Heute früh meldet das Berliner Tageblatt, daß bei weiterer Radikalierung die Summe der verlustvollen Steuergelder im Reichswehrministerium immer mehr ansteigt. Das Berliner Tageblatt schreibt:

„Die Summen, die durch die Geschäfte des Kapitäns Lohmann von der Seetransportabteilung des Reichswehrministeriums verloren gegangen sind, steigen noch immer an. Man sprach gestern in Reichstagsfraktionen davon, daß die Gesamtverluste nicht 20 Millionen, sondern über 25 Millionen betragen, vielleicht an 30 Millionen heranziehen.“

Alle Lohmannschen Unternehmungen stehen ohne Ausnahme vor dem Zusammenbruch. Angesichts der Höhe dieser Verluste und angesichts des besonderen Umstandes, daß sich die Lohmannschen Geschäfte über einen weiten Kreis verschiedenartiger Unternehmungen erstreckt haben, erhebt sich die Frage, ob Kapitän Lohmann allein belastet gewesen sei, über solche große Summen zu verfügen, ohne daß er einer Kontrolle unterstellt gewesen wäre.“

Aus der Arbeiterschaft werden immer neue Steuerzusammen herausgeplaudert. Gestern vor wenigen Tagen wurden dem Reichswehrministerium mit Zustimmung der SPD 500 Millionen Reichsmark mehr bewilligt. Jetzt verfügt die SPD, an der Verabsiedlung des Standards mitzuwirken.

Um das zu ermöglichen, verlangt er die Schaffung der erforderlichen Sicherheit durch eine planmäßige Handelspolitik, d. h. einen weiteren Ausbau der agrarischen Hüttenindustrie.

Templer (Soz.) erklärt der Landwirtschaft könne nur geholfen werden durch eine Stärkung der Rauchwaren der breiten Verbrennernahrung. Eine wichtige Ursache der landwirtschaftlichen Krise sei die Rückläufigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Die Beweise sei eine Pandemie, als Folge der ungelenken Bodenverteilung. Die Sozialdemokratie verlangt Aufhebung der Buttermittelabgabe und Förderung des Fleischexportes.

Der Deutschnationale Janzen verlangt Einführung und föderalistische völlige Freiheitigung der zollfreien Einfahrt von Gefrierfleisch. Notwendig sei auch der Abbau der Einfahrt von Südfüßen und ausländischen Gemüsen. Er droht damit, daß die Bauern nach Berlin kommen werden, um zu demonstrieren.

Abgeordneter Renzis (D.) erklärt das Exportprogramm für notwendig. Den kleinen und Mittelbauern gehe es in vielen Fällen schlechter als den Großbauern (!). Die mikroökonomische Ausnutzung der Erwerbslandwirtschaft müsse befürwortet werden.

Nachdem noch der Volkspartei Janzen in das großagrarische Horn gestochen hatte, werden die Verantwortlichen vertagt. In der weiteren Debatte werden von der kommunistischen Fraktion die Genossen Puk und Hörale ausführlich auf das großagrarische Exportprogramm, den Statat des Hungerministers und die Notlage der kleinen Bauern eingehen. Nachte Sitzung Donnerstag 18 Uhr.

Kein Vorteil der SPD

Die Kieler Politik der Volksgemeinschaft

das Beste, was es gibt!

Wie der Vorwärts mitteilt, hat der Parteiausschuß der SPD beschlossen, den nächsten Parteitag erst nächste Woche abzuhalten, da es einen besseren Aufschluß zu den Wahlen als den Kieler Parteitag gar nicht geben könnte und die Kampfklimmung überall so ausgezeichnet sei, daß sie nichts zu wünschen übrig läßt.“

Jeder kommunistische

Gewerkschaftsfunktionär

geht heute zu Severino!

Beginn 19.30 Uhr im Trianon-Saal.

Der Umschwung in der Getreidebeschaffung

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter)

Moskau, den 21. Februar 1928.

E.W. In den letzten Monaten durchlebte die Sowjetunion eine Reihe von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ihre Wirtschaft in erster Linie in der unzureichenden Beschaffung des Getreides hatten. Bis zum September n. J. war von den staatlichen und genossenschaftlichen Organen der USSR Getreide in ausreichendem Maße, so sogar in einem größeren Umfang, als es der sozialistische Plan vorsah, aufgekauft. Anfang Oktober aber sah die staatliche Getreidebeschaffung fast katastrophal.

Folgende statistische Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates geben den Gang der Getreidebeschaffung im letzten Halbjahr 1927 wieder:

(Die Angaben sind in Tonnen berechnet)

	Jan.	Febr.	Mär.	Apr.	Mai	Juni	Juli
Plan (realisiert)	220 000	740 000	1 400 000	1 800 000	1 400 000	750 000	600 000
Geplante Erfüllung	254 557	610 000	1 441 993	1 245 708	607 067	543 229	51,1
Überschuss der Getreidebeschaffung 1926/27	254 557	778 947	1 640 708	1 725 335	1 630 010	910 475	

Wie außerordentlich die Getreidebeschaffung, d. h. die Aufbringung eines der wichtigsten Artikels des inneren Verbrauchs und des Exportes, das gesamte Wirtschaftsleben der USSR berührt, mögen hier nur folgende Angaben über den Außenhandel zeigen, bei dem sich das Volumen des Getreides bisher am meisten ausgeweitet hat. Der Export des Getreides gab im November 1927 nur 23 Prozent des Betrages vom November 1926; die Ausfuhr von Getreidesorten war noch schlechter bestellt, da nur 7,7 Prozent des vorjährigen Exportes erfüllt werden konnten. Zwar hatte die Sowjetunion noch eine aktive Handelsbilanz, die aber schon stark im Sinken war (Oktober 7 900 000 Rubel, November 4 800 000). Die Verbilligung lohnt folglich bei einem weiteren Fortgang der schlechten Getreidebeschaffung und daher den Ausfall des russischen Getreides auf dem Weltmarkt sehr ernst aus.

Zunächst Januar wurde die gesamte Sowjetöffentlichkeit von allen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht, und es begann eine intensive Propaganda über die Ursachen des Sinkens der Getreidebeschaffung und über die Mittel und Wege, die einen Mangel abzuwickeln. Seit jener Zeit ist das allgemeine Interesse außerordentlich hoch, von der Getreidebeschaffungskampagne in Anspruch genommen. Nicht nur im Dorf, sondern fast mehr noch in der Stadt werden die Ergebnisse der Getreidebeschaffung, die nach fünfjährigen Erfahrungsergebnissen berechnet werden, besprochen. In den Arbeiterclubs, Fabriken, Kasernen fanden lebhafte Vorlesungen statt, und durch Entsendung von Agitatorn zur Auflösung in die Dörfer wurde den dortigen Organisationen praktische Hilfe geleistet. In den Dörfern werden gleichfalls häufig Massenversammlungen veranstaltet, die Dorfamt wird zur Unterstützung der Getreidebeschaffungskampagne mobilisiert und alle gesellschaftlichen Kräfte der Sowjet, der Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und der Jugendorganisationen werden zur Auflösung, zum Kampf gegen die Ursachen der bisherigen schlechten Ergebnisse und zur organisatorischen Arbeit herangezogen.

Vor der Welt abgestellt werden können, magie man sich zunächst Klarheit über die Ursachen des Sinkens der Getreidebeschaffung im Oktober vorigen Jahres verschaffen. Ein Grund hierfür war die Parteidiskussion mit der trocknischen Opposition, die alte Kräfte der Partei in Anspruch nahm und das Interesse der gesamten Öffentlichkeit von den praktischen Wirtschaftsfragen auf die Auseinandersetzung mit der trocknischen Ideologie und „Partei“ ablenkte. Wie außerordentlich empfindlich das Dorf auf alle Fragen des inneren Partelebens, die im Falle der trocknischen Opposition den Rahmen der Partei weit überstritten hätten, reagiert, zeigt das Zusammenfallen des Sinkens der Getreidebeschaffung mit dem Vorstoß der trocknischen Opposition Jahr auf einen Tag.

Aber natürlich war die Parteidiskussion nicht die Hauptursache der schlechten Getreidebeschaffung, sondern sie wirkte sich nur dadurch so schädigend aus, weil infolgedessen sehr spät alle Kräfte zur Bekämpfung des Übels mobilisiert werden konnten.

Der Hauptgrund der schlechten Getreidebeschaffung ist natürlich ein wirtschaftlicher. So seitdem es auch scheinen mag, ist nicht der Mangel an Getreide, nicht die Armut des Bauern, sondern im Gegenteil das Wachstum ihres Wohlstandes die Ursache dafür, daß der Bauer sein Getreide vorläufig zurückhält. Sowjetrußland hat jetzt drei relativ gute Ernten hinter sich. Die Speicher der Bauern sind gefüllt. Er will sein Getreide realisieren. Solange es ihm noch schlecht ging, war er gezwungen, all seine Vorräte loszuwerden, um den Markt zu werben, da schon zu Beginn der Ernte das Brot nicht mehr für die Ernährung seiner Familie reichte. Jetzt ist er eingedrungen. Alle die Bauern sieht jetzt die Frage so, ob sie auf dem Markt Waren finden, die sie notwendig brauchen oder nicht. Das Geld hilft

Der Staat und die Ausbeutung des Ministrers

Als der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, der Deutschnationale Schiele, zu seinem Stab zu sprechen beginnt, ruft ihm Genoss Torgler zu: „Der Minister für Ausbeutung ist der Arbeiterschaft!“ Schiele benutzt keine Rebe, um die Arbeiterschaft des Landbundes zu verleidern und auf Kosten der arbeitenden Schichten die Notwendigkeit von Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte, die Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und die Einschränkung ausländischer Lebensmittel einzufordern. Er bedauert besonders die niedrigen Schweinepreise. Die Einfahrt an Fleisch und Leberwurstfleisch müßte möglichst eingedämmt werden. Er verweist auf das Exportprogramm und auf die beabsichtigte rotenweile Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischentgelts. Die bisherigen Einfahrtserleichterungen sollen aufgehoben werden. 30 Millionen Mark sollen allein für die bessere Organisation der Marktverhältnisse für Fleisch und Fleisch ausgeworben werden. Die Nachfrageverhinderung der Landwirtschaft habe bis Herbst 1927 die erstaunliche Höhe von 7 Milliarden erreicht. Das vorgelegte Exportprogramm werde die gegenwärtige landwirtschaftliche Krise nicht beenden, sondern nur mildern können. Schiele ist der Meinung, daß von den 4 Milliarden, die im letzten Jahre für einschlägige ausländische Rohstoffmittel ausgegeben wurden, 2 Milliarden der inländlichen Erzeugung zugesetzt werden können.

ihnen wenig, wenn sie sich dafür keine Textilwaren, landwirtschaftliche Geräte und sonstige Industrieprodukte kaufen können. Und darin liegt die Ursache der jetzigen Krise: Das Wirtschaftsgefüge zwischen Kaufmarkt und Warenangebot in der Stadt und besonders auf dem Lande ist gewachsen.

Noch ein Faktor hilft die Bauern vom Getreideverkauf an die staatlichen Organe zurück. Der Index des Getreides steht im Verhältnis zu dem Index der anderen landwirtschaftlichen Produkte außerordentlich niedrig — Getreide (101), Bier (165), technische Kulturen (120). Für den Bauern kommt der Verkauf seines Bieres rentabler, als der Verkauf seines Getreides. Auch spekuliert er unter dem Einfluss und den Zulässungen der Autokontrollen auf ein langsamem Steigen der Getreidepreise. Das Staatskonservariat des Handels hat darum jetzt zusammen mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat kategorisch erklärt, daß an der bisherigen Getreidepolitik unbedingt festgehalten wird, und daß im Gegenteil die Preise für die Produkte der Bierbrauerei um etwa 10 Prozent zu senken sind.

Die wichtigste Aufgabe, die vor der Sowjetwirtschaft stand, war die ausreichende Versorgung der Landbevölkerung mit Textil- und übrigen Industrieprodukten. Hierbei wirkte der allgemeine Wachstum in der Sowjetunion, der zum großen Teil eine Folge der wachsenden Kaufkraft der Bevölkerung ist, entscheidend. Die Produktion der im Betrieb befindenden Textilfabriken ist zwar im Verhältnis zur Vorkriegszeit gestiegen, aber erstens ist ein Teil der Textilfabriken noch durch den Bürgerkrieg zerstört, und zweitens kommt auch die polnische Textilindustrie für den russischen Markt nicht mehr in Betracht. Außerdem hat auch der Sowjetapparat bei Versorgung der ländlichen Bevölkerung teilweise nicht gut gearbeitet. Infolge bürokratischer Mängel ist trotz Vorhandensein der Basis der Plan zur Versorgung der ländlichen Bevölkerung nicht erfüllt. So gab es teilweise im Russischen Kaiserreich in den Verkaufsstellen kein Petroleum, während die Behälter überfüllt waren. In demselben Kaiserreich könnten die Bauern teilweise keinen Auto fahren, obwohl sich dort 17 Autobahnen befinden, in denen gewaltige Vorräte gelagerten.

Der Kampf gegen die Auswüchse des Bürokratismus war einer der wichtigsten Voraussetzungen für die rechtzeitige und anstrengende Versorgung der Dörfer mit den Textilwaren und Industrieprodukten. Vom Zentrum ist die Lösung ausgegeben worden, das 70 Prozent aller in Frage kommenden Waren ins Dorf gehen müssen und davon 50 Prozent allein in die Getreidebezirke.

Ein weiteres Mittel zur Hebung der Getreidebeschaffung war der verstärkte Kampf gegen die Spekulation. In den letzten Wochen sind eine Reihe von privaten Getreideeinläufen zu vielen Jahren Gefangen verurteilt worden.

Alle diese Maßnahmen führen zu einem jähren Ausschöpfen in der Getreidebeschaffung. Wenn im Monat Februar nur 51 Prozent des Planes erfüllt waren, so konnten im Monat Januar 1.221.531 Tonnen Getreide von den staatlichen Organisationen und Genossenschaften aufgeladen werden, während im Januar 1927 nur 993.238 Tonnen aufgebracht worden sind. In den ersten Wochen des Februar nahm die Getreidebeschaffung einen noch stärkeren Aufschwung.

Alein in den ersten zehn Tagen wurden 54 Prozent des gesamten Monatplanes erfüllt.

Bis zum 15. Februar sind 927.183 Tonnen aufgeladen.

Die starken Auswirkungen zeigte die breite Auseinandersetzung. Die Getreidebeschaffung wird heute von der Masse der Bauern wie ein Alt ihres revolutionären Bewußtseins zum Sowjetstaat vollzogen. In langen Wagenzügen fahren die Bauern das Getreide in die staatlichen Sammelstellen und führen rote Fahnen mit Slogans: „Alles Getreide unserem Sowjetstaat“ usw. mit. Schon typisch für die ideologische Einstellung auf dem Dorfe sind Fälle, in denen reichere Mittelbauern, die bisher als Rivalen aller Sowjetrechte entstanden waren, zu den Sammelpunkten kommen und mit der Bitte, daß man von ihnen den Kofel des Kofels nehmen soll, ihr Getreide abliefern. Es ist klar, daß man solchen wohlhabenden Mittelbauern gegenüber eine andere Politik einzulegen muß, als den Rivalen, die mit Getreide spkulieren und alles tun um den Sowjetstaat zu schädigen.

Gewiß ist das schlechte Ergebnis der letzten drei Monate des Vorjahrs noch nicht eingeholt, aber heute schon ist es klar, daß die Krise überwunden ist, und daß die diesjährige Getreidebeschaffung, wenn auch keine ausgezeichneten, so doch im allgemeinen befriedigende Resultate zeitigen wird.

Die Reaktionäre sichern sich die ausschlaggebenden Staatsstellen

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Bürgerblöcke regieren tut alles, um vor ihrem Abgang noch den gesamten Staatsapparat mit reaktionären Beamten zu besetzen oder schon vorhandene Beamte auf einen höheren Posten zu bringen. Nachdem der Zentrumsführer von Guérard vor einigen Tagen im Reichstag „Widerspruch“ gegen eine derartige Politik erhob, sind sich die Deutschnationalen und das Zentrum bereits einig geworden. Die Rössische Zeitung meldet: „Heute hört man, daß die Deutschnationalen und das Zentrum bereits einig geworden. Die Rössische Zeitung durch die Erklärung von Guérard, wenn auch nicht durchkreuzt, so doch mindestens gefährdet sehen, daß sie sich mit dem Zentrum in Verbindung gesetzt und Verhandlungen auf der Basis eingeleitet haben, daß das Zentrum den geplanten Veränderungen des Staates, so weit sie von den Deutschnationalen Kabinettsmitgliedern gewünscht werden, zusimmt. Dafür soll dem Zentrum angeboten werden, daß seine eventuell von ihm geäußerten Wünsche in jenen Ministerien, die von Zentrumsmännern geleitet werden, berücksichtigt werden sollen.“

Geheimberatung über die Reichswehrstandorte

Am Dienstagvormittag fand im Reichstagsgebäude unter dem Vorzug von Grönert eine geheime Versprechung des Reichswehrministeriums mit den Parteiführern statt über den neuen Spiegelstandort des Kapitäns Lohmann. An der Versprechung nahmen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und auch die sogenannten Oppositionsparteien: Sozialdemokraten und Demokraten teil. Von den Demokraten der Abgeordnete Haas, von den Sozialdemokraten Hilsdorff und Heinrich.

Bei dieser Versprechung, von der natürlich die Kommunisten ausgeschlossen waren, erfuhrn wir nur zufällig durch die Tatsache, daß Geno Stoecker aus anderen Gründen das Zimmer 18 betrat und dort das obengenannte Konsortium vorstand. Lediglich fand die Geheimversprechung kurz nach Eintritt Stoeckers ihr Ende. Es ist sehr interessant, daß nur auch die Sozialdemokraten, die noch außen hin immer Opposition milien, an derartigen Geheimversprechungen beteiligen.

Die Rössische Zeitung teilt mit, daß der Reichsparkontrakt den Schaden im Berliner Phönix-Standort mit 20 Millionen Mark veranschlagt habe, wobei noch nicht feststeht, ob diese Summe nicht durch das weitere Ergebnis der noch laufenden Untersuchungen überholt wird. Allein die jüngst aufgedeckten Spedigebäude machen etwa 1,1 Millionen Mark aus.

Der Metallarbeiterkonflikt in Berlin

Der „Vorwärts“ gesteht den Vertrag ein und ruft nach dem Schnitter

Die Arbeiter gehen zum Gegenangriff über

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Auskunftsverhandlung der Berliner Metallindustrien hat die Kampfslösung der Arbeiter in allen Betrieben geklärt. Die noch in den Betrieben stehenden Werkzeugmacher verlangen kategorisch, sofort in den Kampf einzbezogen zu werden. Unter dem Druck dieses Kampfwillens der Werkzeugmacher hat bereits die Ortsverwaltung des DBW gestern eine Reihe von Spezialwerksgruppen geschaffen.

die Sanktion zur Niederlegung der Arbeit erteilen müssen.

In den gestrigen Streitversammlungen der Werkzeugmacher von Siemens und Lorenz, Tempelhof, herrschte eine glänzende Kampfslösung. Dort wurde eine Resolution angenommen, die die Taktik der Einzelbewegungen kraftig kritisiert und vom DBW die Ausdehnung des Kampfes auf die gesamten Werkzeugmacher Berlins, sowie sofortige Einberufung einer Branchenversammlung fordert.

Die DBW-Ortsverwaltung hat sich unter dem Druck dieser Forderungen gezwungen gesehen, für heute eine Vertrauensmännerversammlung der Werkzeugmacher und für morgen durch das Metallkärtell eine Funktionärskonferenz der BBM-Betriebe einzuberufen. In diesen Versammlungen wird es des höchsten Dranges der Opposition bedürfen, um die reformistischen DBW-Führer zu zwingen, ihre bisherige Taktik der Teilstreiks aufzugeben, die gesamten Werkzeugmacher Berlins in den Streik einzubringen und gegenüber den immer frecher werdenden Metallindustriellen die gesamte Berliner Metallarbeiterchaft zum Einigeln in diesen Kampf einzutragen. Dienen geschlossener Kampf suchten die DBW-Führer trotz verschiedener Maßnahmen der Schwarzmarken noch wie vor zu vermeiden.

Der Vorwärts weiß auch heute noch der kommenden Ausschreibung durch die Unternehmer die nur auf den guten Willen der DBW-Führer zur Vermeidung der Verschärfung des Kampfes einverstanden zu machen. Geradezu in zynischer Weise geschieht der Vorwärts, der jedoch noch über kommunistischen Verstärkern, die zahnlosen verträglichen Kämpfer der DBW-Führer im Kampf der Werkzeugmacher mit folgenden Ausführungen ein:

„Der DBW hat also alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Obwohl ein mit erdrückender Mehrheit geführter Streik der Werkzeugmacher, in den Streik zu treten, vorliegt, hat der DBW aus Nötsicht auf die schweren Konsequenzen, die ein Streik der Werkzeugmacher nach sich ziehen müßten, von rund 4000 Werkzeugmachern, die in den Betrieben des BBM beschäftigt werden, nur 1100 Werkzeugmacher zunächst aus den Betrieben herausgezogen.“

Und dann ruft der Vorwärts unverblümmt nach dem Einbrechen des Bürgerblöckchens, damit dieser zugunsten der Metallindustriellen einen Schiedspruch fällt und ihn später für verbindlich erklärt. Er schreibt:

„Der DBW ist unbehilfes der Haltung des BBM auch heute noch bereit, wenn irgend möglich, auf friedlichen Wege den Konflikt zu beenden. Wenn der DBW bereit ist, den

Konflikt durch Vereinbarungen zu beenden, bevor die Stilllegung der Betriebe kommt, so behält er sich jederzeit vor — dem Streik eine weitere Ausdehnung zu geben.“

Nach dem vorher Gelagten nimmt sich die „Draht“ des Vorwärts zur weiteren Ausdehnung des Streikes nur lächerlich aus.

Die Ausführungen des Vorwärts zeigen, daß die Reformisten nicht daran denken, auch nur die geringsten Anstrengungen zu machen, den Metallarbeitern zu einem Erfolg zu verhelfen. Die Reformisten wollen keinen Kampf mit den Unternehmern. Wir haben die Gründe hierzu, die Vorberatung der Koalitionsregierung hier schon mehrfach erörtert. Dieses politische Zusammenkommen mit den Kapitalisten erfordert doch nun die Kämpfe der Arbeiter gegen die Unternehmer obendrauf. Wenn die Kämpfe der Arbeiter gegen die Unternehmer obendrauf, so kann die Hüttenarbeiterkampf, beim Metallarbeiterkampf in Mitteldeutschland legen die Reformisten die Taktik in an, daß der Kampf mit einer Niederlage enden müßte. Noch mehr, noch katastrophaler arbeiten die Reformisten auf eine Niederlage in Berlin hin.

Was bedeutet es anders als die Niederlage vorbereiten, wenn man hier nicht einmal die gesamten Werkzeugmacher aus den Betrieben herausnimmt? Eine solche Taktik heißt, die Unternehmer profitlich unterstehen. Die Unternehmer führen eine andere Sprache: Sie fordern die Ausschaltung der gesamten Metallarbeiter, in der Hüttenindustrie der Hüttenarbeiter an. Dieses Auftreten der Industriellen hat noch eine belangbare Bedeutung, auf die die Arbeiterchaft ebenfalls achten muß. Während die SPD und die reformistischen Gewerkschaftsführer jetzt Bewegung abdröhnen, versuchen die Unternehmer brutal ihren Machtkampfpunkt. Dieses Auftreten der Unternehmer einerseits und der Reformisten andererseits zeigt das Verhältnis der Parteien in einer Koalitionsregierung deutlich genug an. So wenig wie die erbärmliche Haltung der Reformisten den Arbeitern in den Gewerbebewegungen etwas nutzt, so wenig wird den Arbeitern mit einer Koalitionsregierung geholfen. Die Reformisten müssen und werden dort nur noch dienstleistungsfähige Pataten der Unternehmer sein.

Die politische Linie der SPD ist: Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, Wirtschaftskonsolidierung, Arbeitsgemeinschaft. Bei einer solchen Politik liegt das Schwergewicht der Masse aber in den Händen der Kapitalisten. Es gibt für die Arbeiter nur eine Lösung: entweder rücksichtsloser Kampf gegen das Unternehmen, oder mit den Reformisten willensloses Ausbeutungsobjekt zu sein.

Die Reformisten kämpfen nicht für die Unternehmer der Arbeiter, sondern für die Erhaltung der kapitalistischen Macht, um Stellen in der kapitalistischen Regierung. Mit frohem Jammern erklärt der Vorwärts, die Arbeiter wollen den Kampf, sie haben mit ungeheurer Mehrheit die Verschärfung der Arbeit befürwortet, die Gewerkschaftsführer aber verhindern trotzdem die Arbeit nicht aus den Betrieben. An wen richtet sich die Schuldweise des Vorwärts? An niemand anderen als an die Kapitalisten, die kommunisten Koalitionsgenossen. Sollten erklären der Vorwärts: Ich wir halten die Arbeiter so daran, den Gewerbeaufstand hinzuschlagen, könnten wir bessere Bundesgenossen haben als uns? Sind wir nicht teil in die Koalition?

Das ist die Haltung der SPD und Gewerkschaftsführer, das ist die bewußte Herbeiführung der Niederlage. Die Arbeiter dürfen sich nicht länger von diesen Betrütern am Ganglion der Gewerkschaften führen lassen. Sie müssen Schluss machen mit den totalitären Führern. Der Kampf muß auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Da die Kämpfe, die jetzt geführt werden, von weittragender Bedeutung für die Gewerbebewegungen im April sind, ist es Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft, gegen den Vorwärts und die Niederlagenstrategie Einstellung zu nehmen.

Unnötige Verschiebung des Liquidationsgesetzes

Nachdem bei der Beratung des § 3 des Kriegsabköndigungsgesetzes die Regierung ihre alten Säge fallen ließ und die bereits gefasste von uns erwähnte Säge als das Höchstmach des Justizialismus bezeichnete, jedoch an den weiteren Paragrauen dieses Gesetzes nichts lebenswerte Befürchtungen aufgeworfen, so können also die Verhandlungen im Ausschluß für Liquidationsabkommen im Interesse der Beschäftigten abgeschlossen werden.

Einen dementsprechenden Vertrag, die Vertrümmern abschließen, unterschrieben auch die Linksparteien gemeinsam, da es doch im Interesse der Geschädigten liegt, daß die Vertrümmern möglichst abgeschlossen werden.

Die Regierungsparteien wollen jedoch von einer Verhältnisregelung der Debattie, die nach dem Vorberagten nur leeres Stichwort bedeutet, nichts wissen.

Die Verhandlungen wurden also fortgezett mit der Beratung des § 4, der gestrigen wurde.

Der kommunistische Antrag, alle Schadensfälle bis zu 2000 Mark für Haushalt, Kleidungsstücke und Handwerkzeug, die voll entzündigt wurden, mit einer nochmaligen dreipunktigen Entschädigung zu berücksichtigen, da in die Entzündungen nicht unter Ausnutzung der Schädigten erfolgten, wurde gegen die Stimmen der Gewerkschaften abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der 20 Prozent in derselben Linie verlangte, wurde ebenfalls von den Bürgerblöcktparteien abgelehnt. Abgelehnt mit den Stimmen der Sozialdemokraten wurde ebenfalls der kommunistische Antrag der eine Neuzeitigung der Schäden verlangt, bei denen die Geschädigten zu einer Art Zwangsgleichgewicht gezwungen wurden.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 10 Uhr.

Wer hilft wem?



Überall, wo Kommunisten und Pionearbeiter sich die Waage halten, hat die französische Sozialdemokratische Partei ihre Stimme den Pionearbeitern gegeben. Um so widerlicher ist das Gedöll des Vorwärts und seiner Trabanten über die einzelnen Kommunisten, weil sie gegen Chamberlain, Macdonald u. Co. eigne Kandidatenlisten aufstellen. Die tatsächlichen sozialdemokratischen Wahlkämpfer Poincarés kontrastieren kommunistische „Wahlhilfe“ für Baldwin-Chamberlain.

Die Explosionsataktrophe auf Hubertus eine Folge kapitalistischer Profitsucht

Sieben Tote, 27 Schwerverletzte sind die Opfer der großen Explosionsataktrophe auf der Grube Hubertus im niedersächsischen Braunkohlengebiet. Die bürgerliche Presse berichtet, daß sich die Urtrebe noch nicht habe freifallen lassen. Die Direktion verlust, die Schuld auf die Arbeiter abzurechnen. Die Nachforschungen, die die kommunistische Presse angekündigt hat, lassen aber über die Ursachen keinen Zweifel. Dass Bergamt und Direktion kein reines Gewissen haben, beweist schon, daß den Vertretern der kommunistischen Presse der Zutritt zum Explosionsaberd verboten wurde. Auf dem Bureau wurde erklärt: „Es ist doch nichts Besonderes los.“ Die furchtbare Explosion ist die Folge eines Brandes, der am Montag früh deutscher bemerkte. Der Brand ist zurückzuführen auf das schlechte Funktionieren der neuen elektrischen Entzündungsanlage. Obwohl nicht lange zurück ein Vertreter des Bergamtes erklärte, die Neuanlage funktioniere noch nicht richtig, blieb sie im Leiter. Der Brand wütete dann bis zum Montagabend. Selbst der Kaufmännische Direktor gab später zu, daß es schwierig gewesen wäre, den Brand zu bekämpfen. Aber die Direktion hing an ihrem Profit. Sie wollte vermeiden, daß infolge der Ausbrunnen die Arbeit einige Tage ausgesetzt werden müßte und dafür die Arbeiter zum Lösen. So mußte der Brand unvermeidlich zur Explosion führen. Trotzdem waren noch nicht so viele Arbeiter ums Leben gekommen, wenn die Direktion weniger den übrigen Teil des Wertes rechtmäßig stillgelegt hätte. Auch das gelang nicht. Selbst als die Städteflammern schon haushoch emporschlugen, wurden die Arbeiter noch nicht zurückgezogen, und trotz des Opfermutes einzelner leidender Beamten war die Direktion im Moment der Explosion vollständig loslos.

Die Arbeiter sind über die Schuld der Direktion nicht im Zweifel. Der Arbeiterschaft des geläufigen Braunkohlengebietes hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, da ähnliche Explosions auf anderen Gruben nicht ausgeschlossen sind und eigentlich auf der Grube Hubertus eine solche stattfand.

Vom Tage

Opfer der Arbeit

Lauhnhig. Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich in den Nachmittagsstunden bei der Firma Jenichen, Gräfenhain. Der Arbeiter Reinhold Kunath, Lauhnhig, verunglückte dadurch, daß ihm ein schwerer Stein aus das Bein fiel, und einen schweren Knöchelbruch verursachte, was immer wieder auf das Antreib- und Auftriebswerk zurückzuführen ist.

Schwerer Unglücksfall

Lauhnhig. Die 15jährige Tochter Erna des Bauern Hermann Seelbach verunglückte am Dienstag gegen 16.30 Uhr dadurch schwer, daß sie mit den Haaren in die Antreibwelle der Drechsmaschine kam, die ohne Schutzvorrichtung verkehren war. Der Betriebsarbeiter wurde die Kopfbaut und ein Ohr vom Kopf gerissen. Arbeiterfamilie brachte ihn in ein Dresdner Krankenhaus. Dieser Unglücksfall beweist erneut, wie notwendig es ist, daß jede Schutzvorrichtung vorhanden ist. Da die Belieferung eines Autos zur Förderung der Bergungslüftung immer wieder auf Schwierigkeiten stößt, wäre es doch zumindest angebracht, daß die Kranfahrzeuge Königreich endlich mal ein Kranfahrzeug anschafft, oder braucht man das Geld noch zur Deckung des Villenbaus?

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Bauhafen. Am Montag früh verunglückte auf dem Güterbahnhof der 25jährige Bauarbeiter Gerhard Richter, der mit einem Stiefelkopf in einer Weise hängen blieb und dabei zu Fall kam. Ein in diesem Augenblick anrollender Wagen fuhr über den Unglücksfall hinweg. Da schwerverletztem Zustand wurde er dem liegenden Krankenhaus zugeführt, wo er noch am selben Tage den schweren Verlebungen erlag.

„Moskau hilft Baldwin“

Und wem hilft MacDonald?

Wie zu erwarten war, verlief die Sozialdemokratie, den Gebläse der Kommunistischen Internationale über die Taktik der Kommunistischen Partei Englands zu einem demagogischen Maßnahmen gegen die Kommunisten auszufüllen. Der Vorwurf teilt seinen Lesern am Sonntag mit, daß „Moskau“ im kommenden Wahlkampf „Baldwin helfen“ wird. Am Montag brachte die Volkszeitung unter einer anderen Überschrift den gleichen Artikel.

Was ist geschehen? Die Exkluse der Kommunistischen Internationale befloß nach eingehender Prüfung der Lage in England einstimmig, daß die Kommunistische Partei Englands im kommenden Wahlkampf die größtmögliche Anzahl eigener Kandidaten aufstellen soll und diese auch dann aufrecht erhalten, wenn sie von der Labour-Partei bekämpft werden. Der Vorwurf deutet dazu, daß die Sozialdemokratie die mit den Kandidaturen verbundenen Kosten, die er auf rund 400 000 Pfund veranschlägt, aufzutragen wird, und urteilt, daß diese Tat an bewußter Hilfsleistung für die Reaktion seitens der Kommunisten alles bloße Dogmenseine übertrate. Der Vorwurf behauptet, daß durch die kommunistischen Kandidaturen die Labour-Partei Parlamentarisch verlieren kann, wodurch die Nationalisierung des Konzerns gefährdet wäre.

Auf die Demagogie des Vorwurfs lobt es sich gar nicht einzulassen, wenn der Arbeiterschaft nicht auszuhilfen wäre, daß in England eine Wiederherstellung der Taktik der kommunistischen Partei sich zwangsläufig einmal aus der Lage in England noch zum anderen aus der Entwicklung der Labour-Partei ergibt. Stellte Lenin als Aufgabe für die RKP das Verbleiben innerhalb der Labour-Partei und die Unterstüzung der Labour-Partei und die Unterstüzung der Labour-Regierung, dann sind in den letzten Jahren zahlreiche grundlegende Veränderungen in England vor sich gegangen, daß eine Überprüfung der alten Taktik und die Feststellung einer neuen politischen Linie sich als selbstverständlich erweisen haben.

Bei allem unterstellt der Vorwurf die politische Wandlung der Labour-Partei. Seit den letzten Wahlen des Labour-Bretton-Kongresses werden Kommunisten und linksgerichtete Arbeiter aus der Labour-Partei massenhaft ausgewählt. Sie dürfen in den lokalen und Bezirksorganisationen der Labour-Partei keinerlei Funktionen ausüben. Lokale Organisationen die sich diesen Maßnahmen der Labour-Partei unterstehen und trotzdem kommunistische Funktionäre wählen, werden aus der Labour-Partei korporativ ausgeschlossen. Es hat ein Schluß vor, daß Kommunisten nirgends als Kandidaten der Labour-Partei aufgestellt werden dürfen.

Schon die organisiatorischen Maßnahmen rechtfertigen, daß die Kommunisten neben ihrem Kampf innerhalb der Labour-Partei in der Wahlkampagne als selbständiger politischer Faktor mit selbständigen Kandidaten auftreten. Natürlich werden die Kommunisten nach wie vor versuchen, die proletarische Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes aufzurichten. Sie können keinen Kandidaten von der Arbeiterschaft als Kandidaten der Labour-Organisationen anstreben zu lassen. Wo es aber infolge der organisiatorischen Maßnahmen der sozialdemokratischen Führer nicht gelingt, werden die Kommunisten nicht im Wahlkampf als Führer und Sammler der Massenrevolution revolutionäre Arbeiterschaft unterstützen.

Dies ruft den organisiatorischen Maßnahmen der sozialdemokratischen Führerschaft vor allem wegen ihrer politischen Haltung. Die Notwendigkeit des Zweitenkriegs der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ergibt sich aus der Haltung der sozialdemokratischen Führer. Die Arbeiterschaft hat bereits deutlich zu erkennen gegeben, daß sie die Notwendigkeit dieses Kampfes erkennt. Bei verschiedenen Nachwahlen und die Arbeiterschaften für den Labour-Kandidaten in den industriellen Bezirken überall dort, wo der Labour-Partei-Kandidat eine Hecke gegen die Kommunisten herstellen hat, prozentual zurückgegangen. Die Massenbewußte Arbeiterin der Wahl demonstrierten fern, weil sie keinen Kandidaten hatten, für den sie als Klassenkämpfer stimmen konnten. In den Bergwerksbezirken wurde MacDonald während seiner Agitationstour von den ersten Arbeitern ausgeplündert und entzweit, so daß er den Schutz der Baldwin-Polizei gegen die Arbeiterschaft in Unschärfe nehmen mußte. Als die reformistischen Gewerkschaftsführer mit dem Beginn der sozialdemokratischen Spalten der Partei ihre Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen begannen, erkannte sie von allen Teilen Englands gehörige Proteste der Arbeiterschaft. Die Unzufriedenheit der englischen Arbeiter mit der kapitalistischen Politik der Labour-Partei ist im Maximum.

Die schamlose imperialistische Politik der Labour-Partei wird die Massenbewußte Arbeiterschaft veranlassen, sich in die RKP zu schenken. MacDonald billigt die ganze Kriegspolitik Chamberlain's. Er ist mit seiner Chinapolitik einverstanden, bestätigt ausdrücklich, daß auch er selbst keine andere Politik im Indien betreiben würde, als sie gegenwärtig von den Konzernwirken betrieben wird, und findet an der Aufbaupolitik Chamberlain's höchstens einige Schönheitsfehler auszuzeigen. Gleichzeitig mit den Unempfindungen des Vorwurfs erscheint in der großkapitalistischen DAB am Sonntag ein Dokument des englischen sozialdemokratischen Führers Snowden, der Finanzminister der MacDonald-Regierung war. Dieser Auflös ist eine einzige Verherrlichung des englischen Imperialismus, ganz im selben Geiste, wie das Chartistentum vor einigen Wochen an derselben Stelle ist. Wie ein kleiner Imperialist schreibt Snowden, daß England den unterjochten Völkern der Kolonien „die Zivilisation, eine Erziehung und Selbstregierung beigebracht hat“. Er zitiert die Berichte des Völkerbundes, die die imperialistischen Mächte sozialistische Arbeiter für die „Eingeweihten“ nennen, und behauptet, daß das britische Reich keine Unterwerfung in den Kolonien „in diesem Geiste vertrügt“. Nach Snowden ist die Antwort auf die Frage, ob das britische Weltreich, dieses Unterdrückungsreich kolonialer Völker, der Erhaltung wert sei, ein schauderhaftes Ja.

Deutlicher kann man ein imperialistisches Programm wahrlich nicht entwerfen. Gegen diesen Sozialimperialismus die Arbeiter in den Kampf zu führen, ist Aufgabe der Kommunistischen Partei auch in der Wahlkampf. Das Anwachsen der kommunistischen Stimmen bei den letzten Wahlkämpfen beweist, daß die Voraussetzungen dieses Kampfes vorhanden sind. Die Labour-Partei-Führer haben falsch spekuliert, wenn sie glaubten, daß sie das Monopol auf die Wahlsimmer der englischen Arbeiter trocken halten könnten. Wenn der Daily Herald den kommunistischen Beiflukus heuchlerisch „begüßt“, weil er endlich einen „klaren Trennungsrück“ zwischen Labour-Partei und Kommunismus zieht, so beweist er damit nur, daß die Labour-Partei nicht so lebt auf die Stimmen des Industrie-

arbeiterschaft als auf die wohlhabender Kleinbürger und Bürger rechnet, um mit den Liberalen eine Koalition bilden zu können.

Der Vorwurf, den die Sozialdemokratie den Kommunisten wegen ihrer selbständigen Kandidaten machen, ist übrigens in der englischen Arbeiterschaft nicht neu. Als die Labour-Parteiheimerzeit ihre ersten selbständigen Kandidaten aufstellte und damit den ersten Schritt zur Loslösung der Arbeiterschaft vom Bürgertum mache, befand sie von den Liberalen denselben Vorwurf zu hören, daß sie nämlich damit „die Konkurrenz fördere“. Seldem haben die Labour-Parteiführer den Weg zum Bürgertum zurückgefunden, und der neue, entscheidende Schritt der Loslösung der Massenbewußten Arbeiterschaft vom Bürgertum muß unter Führung der Kommunisten vollzogen werden.

Wer ist eigentlich Severing?

Vor dem Kriege war er Revolutionsist, während des Krieges Durchhalter.

Als in Bielefeld die Revolution ausbrach, raste er von einem Versammlungsort, von einer Gewerkschaft zur anderen, um zu bremsen, abzudämpfen, zu beruhigen. Am anderen Tage war er Herr der Stadt. (Berliner Tageblatt, 7. Oktober 1926.)

1919 war er Reichskommissar für Rheinland-Westfalen undchef gegenrevolutionäre Truppen ins Ruhrgebiet, um die Sozialsteuerung des Bergbaus zu verhindern.

Beim Kapp-Putsch schloß er das Bielefelder Abkommen, um die Arbeiter zu spalten und dann die revolutionäre Ruhrgebiet mit Kapp-Truppen nachholen zu können. Am 21. März, dem Tage, da die Berliner Regierung erklärte, keine Truppen ins Ruhrgebiet zu schicken, sagte er auf einer sozialdemokratischen Konferenz:

„Wenn wir gegen die Anarchie (d. h. gegen die Arbeiter) vorgehen wollen, müssen wir uns der Reichswehr als Instrument der Republik bedienen... Ich habe die größten Anstrengungen in den ersten Tagen des Kapp-Putsches unternommen, um die Eisenbahngewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zu bewegen, ihren Widerstand gegen den Abtransport von Truppen (aus Bayern gegen das Ruhrgebiet) aufzugeben.“

Für die Niederschlagung der Ruhrarbeiter wurde er preußischer Innensenator.

1921 promovierte er den Mörderstand der mitteldeutschen Arbeiter unter der Losung: „Der erste Tag muß blutig sein!“ Er selber sagte darüber in einer Denkschrift:

„Es muß betont werden, daß die Gefahr einer unmittelbar drohenden, aus sich heraus losbrechenden Aufstandsbewegung zu keiner Zeit, auch im März dieses Jahres nicht, anzunehmen war. Erst durch die Entscheidung von Schulzpolizei nach Mitteldeutschland mit der Aufgabe, dem Ruhrsechtkorps unter der Arbeiterschaft entgegenzutreten, kam der Stein ins Rollen. Die Elterthunde kam zum Aufbruch.“

Minister Severing war der Schützer und Förderer der Streitkräfte, der Technischen Nottheile. Dafür verbot er 1923 die Kontrollausschüsse, die Betriebsrätebewegung und die Hunderschaften der Arbeiter. Die Rote Hilfe verfolgte er.

Severing beförderte Tamashki, den Mörder von Dorenbach und Leo Jögges, zum Oberleutnant der Polizei.

Severing ist der ehrgeizige Vertreter der Großen Koalition. Er war der treibende Faktor bei der skandalösen Regelung der Hohenzollernabbindung im Herbst 1926.

Ein neuer Amnestievorstoß im Reichstag

Im Rechtsausschuß des Reichstages, der am Dienstag die Scheidungsreform beraten sollte, unternahm die kommunistische Fraktion durch den Genossen Stoeter einen neuen Vorstoß in der Amnestiefrage. Genosse Stoeter forderte, daß sofort nach Erledigung der Scheidungsreform der kommunistische Entwurf, der eine Generalamnestie verlangt, beraten werde. In der Aussprache forderte das Zentrum durch den Abgeordneten Schulte die Abstimmung der Scheidungsfrage. Diesem Wunsch schlossen sich die Deutschnationalen durch den Abgeordneten Kreuzig und Poringhoff an, der sich anderseits für die Beratung der Amnestiefrage ausprach. Das Zentrum wollte jedoch die Beratung der sämmerlichen Scheidungsreform verhindern. Bei der Abstimmung wurde mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Volkspartei beschlossen, die Scheidungsreform weiter zu beraten. Dann wurde einstimmig der Entwurf gefaßt, nach deren Erledigung in die Beratung der Amnestiefrage einzutreten.

Trotz dieses Beschlusses ist aber ungewiß, ob die Haltung der einzelnen Parteien kaum zu erwarten, daß in diesem Reichstag noch irgendwelchen Schritt in der Richtung einer Amnestie erfolgt.

Um die Ermächtigung der Scheidungen

Seit gekommen Zei behandelt der Rechtsausschuß des Reichstages Anträge, die eine Ermächtigung der Scheidungen bezeichnen. Die Kommunistische Partei hat einen grundlegenden Begegnungswillen beantragt, der ein vollkommen neues, vom proletarischen Geschichtsgeist geprägtes Eherecht fordert. Sozialdemokraten und Demokraten forderten in ihren Anträgen eine Ermächtigung der Scheidungsgelehrte, ohne jedoch das Eherecht des bürgerlichen Staates grundlegend anzutasten.

Unter Außerachtlassung dieser Anträge hat der Unterausschuß des Rechtsausschusses in einigen Sitzungen Kompromißentwürfe des Abgeordneten Koch (DP), Hanke (Wirtschafts-VG), Frau Lüders (Dem.) und Nolendorf (SPD) ausgearbeitet, die eine Scheidung im Falle einer objektiven Verzerrung einer Ehe ermöglichen. Da eine Ermächtigung der Ehe bisher kein Scheidungsgrund war, ist in den Forderungen des Unterausschusses immerhin eine Verbesserung der Scheidungsfrage zu erblicken, so daß Zentrum, Deutschnationale und Baierische Volkspartei den sozialistischen Kampf proklamieren.

Nach dem genannten Antrag ist u. a. eine Entscheidung möglich, wenn:

1. eine so tiefe Verzerrung des ethischen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine Fortsetzung einer Lebensgemeinschaft nicht zu erwarten ist und die Ehegatten mindestens ein Jahr getrennt leben;
2. eine fünfjährige Trennung der Eheleute im beiderseitigen Einvernehmen besteht, auch ohne die Feststellung einer Verzerrung der Ehe;
3. infolge einer Geisteskrankheit oder Irrenheit Geisteskrankheit (Psychopathie u. v. m.) die Aussicht auf Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft zwischen den Ehegatten ausgeschlossen ist.

Als einschränkende Bestimmung ist eingefügt worden, daß der Ehepartner der an der Scheidung teil ist, seine Scheidungsfrage beantragen kann, und daß die materielle Auseinanderziehung (Unterhaltsproblem) Voraussetzung der Scheidung ist.

In der Rechtsausschusssitzung vom 28. Februar lobten Deutschnationale, Baierische Volkspartei und Zentrumsteute überhaupt gegen eine Beratung dieser Anträge, da sie im Notprogramm der Bürgerblockregierung nicht enthalten seien. Mit 14 Stimmen der KPD, SPD, Demokraten und Deutschen Volkspartei gegen 12 Deutschnationale, Zentrumsteute, Bayern und Wirtschafts-VG wurde jedoch die Beratung beschlossen. Nicht begründeten die schwärzblauen Parteien ihre grundlegende ablehnende Haltung gegen jede Eheelom mit der „Unantastbarkeit“ und „Heiligkeit“ der Ehe.

Eingehützte Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. In einer weiteren Sitzung des Ausschusses in acht Tagen sollen noch Abänderungsvorschläge zu einigen Punkten gemacht werden, um dann zur Entscheidung zu kommen.

Die RSD als Massenorganisation gegen die bürgerliche Klassenjustiz

Die Erwartungen, denen wir am Sonnabend Ausdruck gaben, wurden durch die Konferenz erfüllt. Sie war ein Zusammenschluß und Uebereinkommen der Kräfte, um den neuen Anforderungen gewachsen zu sein. Schon äußerlich ergab sich ein Bild, das darauf hindeutet, daß hier gearbeitet werden sollte. Außer einigen padenden, aufstrebenden Plakaten und einer zufälligen Röhne, die von der roten Hilfe Kurgau gestiftet worden war, enthielt der Saal des „Stadtwaldschlößchen“ keinerlei Dekorationen.

Dieser Tendenz gab der Genosse Wehner Ausdruck, als er um 10 Uhr die Konferenz eröffnete, und kurz auf ihre Bedeutung hinwies. Voror in die Tagesordnung eingetragen wurde, sprachen Vertreter der Bezirke Erzgebirge-Bogtland und Westfalen der RSD die Begründende Worte. Der Redner des Bezirkes Erzgebirge-Bogtland überbrachte Griffe des politischen Gefangen Hermann Franke, der im Buchhaus Waldheim lag. Auch Vertreter der KPD, des RFB und des KMB lagen Worte, um die Zusammengehörigkeit der proletarischen Organisationen zu zeigen. Ein Leninschiff, das der Gefangene Walter Hösel dem Bezirk Ostfalen der RSD geliehen hat, wurde vom Genossen Koch der Organisation übergeben. Gleichzeitig es mit der Röhne, die der Bezirk Kurgau der russischen Organisation gespendet hatte.

Nach der Wahl des Präsidiums und verschiedener Ausschüsse gab der Genosse Koch einen genauen Bericht über die Arbeit der Organisation im Jahre 1927. Die Mitgliederzahl ist stetig gewachsen, ebenso hat sich der Funktionärskörper bedeutend erhöht. Alle Arbeiter, die in Angriff genommen wurden, wurden mit Jährlingen durchgeführt, wenn auch oft besondere Schwierigkeiten im Wege standen. Besonders zu nennen sind die Kampagnen anlässlich der Hinrichtung Saccos und Vanzettis und die Protestaktion gegen die Ausweitung des Geigers-Soermus. Die sich häufenden und drängenden Arbeiten machten ein Uebereinkommen des Feldes oft sehr schwer, um so höher ist es zu bewerten, daß trotz dieser Zölle von Auflagen die Mitglieder nicht ermüdeten.

Nach der Wahl des Präsidiums und verschiedener Ausschüsse legte er viel Wert auf einen Aufbau desagitatorischen Apparates der Organisation, der die Aufgabe hat, die Verbindung der RSD mit den unorganisierten Massen darzustellen, durch dauerndes Herabreden der Vorlagen und Gedanken der RSD an die Arbeiter. Mitglieder- und Funktionärsförderung muß endlich durchgeführt werden, sie ist wichtig, um einen Stab von Funktionären zu haben, der auf die Vorstände sofort reagiert.

Einiges Ergebnis der RSD-Kooperationsentwürfe vor.

Wie die organisiatorischen Vorbereidungen zu den Arbeiten zu erlangen seien,führte Genosse Wehner des weiteren aus. Insbesondere legte er viel Wert auf einen Aufbau desagitatorischen Apparates der Organisation, der die Aufgabe hat, die Verbindung der RSD mit den unorganisierten Massen darzustellen, durch dauerndes Herabreden der Vorlagen und Gedanken der RSD an die Arbeiter. Mitglieder- und Funktionärsförderung muß endlich durchgeführt werden, sie ist wichtig, um einen Stab von Funktionären zu haben, der auf die Vorstände sofort reagiert. Einiges Ergebnis der RSD-Kooperationsentwürfe vor.

Zur Abstimmung standen die RSD-Kooperationsentwürfe vor, die nach dem Referat angelehnt wurde, berichtete Genosse Dietrich über die RSD-Kooperationsentwürfe und über Maßnahmen, die geeignet sind, sie besser werden zu lassen. Auch auf diesem Gebiete zeigte sich, daß tatsächlich gearbeitet werden sollte.

Die Diskussion bewies, daß die Genossen aus den Ortsgruppen vollaufl begegneten hatten, daß die Konferenz in vielen Punkten neue Arbeit vor ihnen forderte, daß zur bisherigen Arbeit Ergänzungen kommen.

In bester Ordnung wieselte sich die Diskussion, in der ein Mitglied des Zentralvorstandes der RSD das Wort ergriff, ab ebenso die Abstimmung über die vorliegenden Entwürfe. Leicht wurde der neue Bezirksvorstand gewählt. Die Wahl entsprach den bereits gemachten Vorschlägen. Der Bezirksvorstand steht nun mehr aus Parteilosen, Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen.

Wie hoffen, daß die neue Arbeit der Konferenz entsprechend ist und daß die RSD noch mehr als bisher das kann, als was sie jedem Massenbewußten Arbeiter teuer ist: Organisierte Solidarität und Massenorganisation gegen die bürgerliche Klassenjustiz.

Genosse Wehner rief die RSD-Kooperationsentwürfe zu messen.

Genosse Wehner rief die RSD-Kooperationsentwürfe zu mess

Zugendschutz?

Zahlreiche Diskussionsgruppen in der Kundgebung der SUJ

"Wirkame parlamentarische Arbeit" u. Kommunistenhefe

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Am vergangenen Freitag abend hatte die SUJ mit der Freien Gewerkschaftsjugend, den Jungsozialisten und der Arbeiterjugend für ihre Jugendschutforderungen zu einer Kundgebung aufgetreten. Der Kommunistische Jugendverband ließ durch seine Mitglieder an die Jugendlichen Flugblätter verteilen, die das sozialistische Mandat der SPD und der bürgerlichen Jugendverbände entlarvten. Wie bei der gleichzeitigen Kundgebung der SUJ bildeten sich auch in den Innenräumen Diskussionsgruppen, die vor Beginn der Kundgebung den Mittelpunkt des Interesses bildeten.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dohbert, Meichen, berichtete von der "wirkamen parlamentarischen Aktion" im Sachsen Landtag. Sein einflussreiches Referat gipfelte darin, die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Jugendverbänden in der Frage des Jugendschutzes als einen "Erfolg" der "Monierarbeit" von SPD, Gewerkschaften und SUJ hinzustellen. Aus den von ihm vorgetragenen Tatsachen der ungebührlichen Ausbeutung der wertvollen Jugend schlußfolgerte er, daß man sich bei der Vertretung der Jugendschutforderungen konzentriert müsse auf die Forderungen des Pan-Deutschlandes der deutschen Jugendverbände (dem 91 bürgerlichen und 4 Arbeiterjugendorganisationen angehören), um so einen besseren Druck auf die bürgerlichen Parteien ausüben zu können. Damit verteidigte er die Ablehnung der weitergehenden kommunistischen Anträge. Die Kommunisten hatten unter anderem die Aufhebung der Zwangsfürsorge gefordert. Dies wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten Dohbert und Ranzig abgelehnt. Dohbert bezeichnete diese kommunistische Forderung als „ideal, aber in abhängiger Zeit nicht durchführbar“. Die Erfüllung einer Reihe proletarischer Forderungen sei an den politisch-wirtschaftlichen Machtverhältnissen gescheitert. Die weitergehenden Anträge müßten später gestellt werden, wenn die Machtverhältnisse im Parlament geändert wären, wobei er die Jugendlichen auf die kommenden Reichstagswahlen vertraute. Zum Schluß seiner Rede gebrauchte er noch einige radikale Phrasen – außenparlamentarische Aktionen, revolutionären Klassenkampf bis zum Siege des Sozialismus – die aber nicht darüber hinwegtäuschen könnten, daß die SPD ihr Heil in der „wirkamen parlamentarischen Arbeit“ erfuhr. Bezeichnend ist, daß die Dresdner Volkszählung vom 26. Februar diesen Teil seiner Rede mit keinem Wort erwähnt, weil er wahrscheinlich zu „radikal“ war.

Der erste Diskussionsredner, Jugendgenossen Hajel, wies treffend nach, daß der „Landes- und Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände“ ein reaktionäres Gebilde ist, das von der SPD unterstützt wird. Der von der bürgerlichen Klasse in Szene gesetzte Ausstellungskampf in Berlin und Leipzig verfolgt nur den Zweck, den rebellierenden proletarischen Mitgliedern eine Aktivität im Kampf für Jugendschutz vorzusäubern. Weite Kreise der proletarischen Organisationen beginnen das jetzt zu erkennen, wie das die zahlreichen Protestresolutionen aus FGJ und Sportjunggruppen, sowie der Austritt der Dresdner SUJ aus dem Ausstellungsverein beweisen. Dohbert redete sehr viel von revolutionärem Klassenkampf und von außenparlamentarischen Aktionen – er hat aber nicht gesagt, welche außenparlamentarischen Aktionen jetzt folgen sollen. Die SPD und die Gewerkschaften unterlaufen es bei den jüngsten Wirtschaftskämpfen, besondere Forderungen für die Jugendlichen aufzustellen. Auch im mitteldeutschen Metallarbeiterkampf verhindern es die Gewerkschaften nicht, daß die Lehrkräfte in Streikbrechern werden. In der Döbelner Gußstahlfabrik werden Lehrkräfte bei militärischer Arbeit mit Kochen auslosen und anderen „Schulung“-arbeiten beschäftigt. Ein sozialdemokratischer Sportfunktionär hat es den Lehrkräften verboten, an einer vom KVD einberufenen Versammlung teilzunehmen. Das ist die Einheitsfront der Sozialdemokratie mit dem Unternehmertum.

Wirkamer Jugendschutz kann nur im gewerkschaftlichen Klassenkampf mit dem Kapital, durch Kampf um Lohn und Brod erreicht werden. Das Beispiel Sowjetrußlands, das seiner Jugend vorwiegend Schutz gewährt, zeigt die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes bis zum Sturze des kapitalistischen Gesellschaftsvertrags und der Ausrichtung des Ratesstaates.

Die anhöhlende Revolutionärer der SUJ und der Gewerkschaften, wie auch der Referent konnten den Ausführungen unseres Genossen nichts Stichhaltiges entgegenlegen. Vielmehr übertrafen sie sich in Widerprüchen und in demagogischer Kommunistenhefe, durch die ihre ganze Erbärmlichkeit zutage trat. Nachdem nunmehr die Redeweise auf 5 Minuten festgelegt war, sprachen noch die Genossen Ernst und Richter. Genosse Ernst wußte die Argumente des Nationalsozialisten zurück, der nur unter allgemeiner Heiterkeit sprechen konnte. Genosse Ernst war selbst in dem faschistischen Italien gewesen und kannte dort eine trüppelige Kinderausbeutung in den südalientlichen Fabriken (10, 12, 14 Stunden in drückender Hitze) feststellen. Genosse Richter legte die gründliche Stellung der Kommunisten zum Parlament dar.

Während die anwesenden Kommunisten dem Referenten ungestört zuhörten, glaubten die Sozialdemokraten unsere Diskussionsredner einige Male unterbrechen zu müssen.

Dohbert konnte auch im Schlusswort nicht sagen, welche außenparlamentarischen Aktionen die SPD ergreifen will. Vielmehr verbündete und verspottete er die Kommunisten, wodurch eine gerechte Empörung unserer Genossen ausgelöst wurde, so daß seine Schlußworte zuletzt im Widerspruch untergingen. Diese Tatsache zeigt, daß die revolutionären Phrasen der „linken“ SPD eben nur – Phrasen sind.

Jetzt muß der KVD eine umfassende Aufklärungsarbeit leisten, um die proletarisch-denkenden SUJ-Genossen davon zu überzeugen, daß nur gemeinsamer Kampf der proletarischen Jugend das Ziel erreichen kann. Die Jungcommunisten müssen gleichzeitig ihre ganze Kraft darauf legen, die Jungarbeiterklasse in den gewaltigen Kämpfen um Lohn und Brod und gegen die politische Entmündigung der Jugend zu mobilisieren.

„Die Körpererziehung geht vom Kind aus“

Der Verein zur Förderung gymnastischer Körperbildung veranstaltete unter diesem Motto einen Eichbühler-Vortrag. Die Körpererziehung des Kindes und ihre spätere Vermaßlung, die sowohl eine neue als natürliche Form von Gymnastik zeigte, der Vortragende, Lehrer Uhlig, Johanngeorgenstadt, wohl – er zeigte aber nicht die vielen sozialen und ökonomischen Verhältnisse als Ursache, durch welche gerade diese Frage für den größten Teil der lebenden Menschen zum Problem geworden ist. Der Teil des lebenden Menschen zum Problem geworden ist. Der ganze Vortrag war, abgesehen von der technischen Seite des behandelten Objektes, ein mehr als oberflächliches Schreiben, die rein subjektive Behandlung einer Frage unsrer Zeit. Wenn der Vortrag überhaupt einen Wert hatte, dann vielleicht für den, der eine gesetzliche Reform einzuwerben sucht, für Reformer einzutreten, anstatt für eine gründliche Änderung der politischen und ökonomischen Frage der heutigen Gesellschaft beizutragen. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die die breiten Massen der Werktätigen aussaugt, ist es unmöglich, Körperbildung mit der Aussicht auf dauernden Erfolg zu betreiben. Das kapitalistische System verfügt zwangsläufig, solange es besteht, immer wieder das durch Reformen ausgebaute. Denken wir an den Weltkrieg 1914–1918! Wieviel junge Menschen wurden allein durch diese Folge der unfähigen kapitalistischen Wirtschaftspolitik um die fruchtbaren Jahrelangen Körperbildungssarbeit usw. gebracht, indem sie entweder fielen oder als Krüppel heimkehrten? Also gilt es dieses System an der Wurzel zu rütteln, auszurotten und erst die Bedingungen für eine erfolgreiche Körperbildungssarbeit zu schaffen. Diese Bedingung ist: Beseitigung des kapitalistischen Systems durch die proletarische Revolution.

Diese Gedanken beherrschten den Vortrag natürlich nicht. Im Gegenteil. Man zeigte den Erwachsenen nur die Körperbewegungen zweier und dreijähriger Kinder usw., die in ihrer Natürlichkeit dem durch eifriges Training beherrschten Körper eines Käfers um entsprachen. Die natürlichen und unveränderten Bewegungen des Kindes müssen erhalten bleiben! Die wenigen gezeigten Lauf- und Springübungen usw. sind aber kein Ausweg aus den heutigen mißlichen Verhältnissen, denn sein Technisch ist natürlich eben nur Nebentrage. Befreigt die unnatürlichen wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Gesellschaft und die Frage ist wenigstens zum Teil gelöst, indem die Bedingungen zum ernsthaften Herangehen können geschaffen sind.

Diese Aufgabe hat sich der Verein nicht gestellt. Der Vorsteher konnte sich nicht genug für das „Wohlwollen unserer Stadtverwaltung“ bedanken, die dieser rein bürgerlichen Vereinigung mit Hilfe der Sozialdemokraten 10 000 Mark zugewandt

haben. In den Arbeiter-Turn- und Sportvereinen sollte man an dieser Stelle ganz ernsthafte Stellung nehmen und verlangen, daß die aus den Tälchen der wertvollen Massen herausgeholt Steuerzettel nicht an bürgerliche Organisationen gehen werden, die die Gelder praktisch nur gegen die Bestrebungen der Arbeiterbewegung verwenden.

Die Kommunisten stellten der Aussicht, daß nur die Arbeiter-Sportler bei Bewilligung von Beihilfen in Frage kommen. Den Kampf der Arbeiter-Sportler gegen die bürgerliche Sport- und Körperkulturdewegung muß eine Arbeiterpartei auf energischste unterstützen – indem sie tüchtig los gegen eben diese bürgerlich „neutrale“ Bewegungen steht – nicht aber, wie die SPD-Stadtverordneten, diesen bürgerlichen Vereinen Tausende von Mark bewilligt.

W. G.

Unterschlagungen eines Regierungsrates

im Wohnungsvorstand Dresden-Neustadt-Land.

Wie berichteten bereits unseres Lesers über den vor einiger Zeit gegen den Geschäftsführer des Wohnungsvorstandes Dresden-Neustadt-Land, Regierungsrat Dr. R. Hoffmann, stattgefundenen Prozeß, in dem es sich herausstellte, daß Vorgenannter einen geheimen Dispositionstons angelegt und mindestens 800 Mark unterschlagen hat. Wegen dieser Dinge war er damals zu 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte sowohl der Angeklagte als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

In der Berufungsverhandlung, die bis in die späten Abendstunden gingen, wurde erneut festgestellt, daß der saubere Regierungsrat tatsächlich die Unterschlagungen begangen hat. Die Berufungen wurden verworfen und das erstinstanzliche Urteil bestätigt. Die Gelder, die für den Wohnungsbau bestimmt sind, zu unterschlagen – eine seine Gesellschaft!

Selbstmord eines jungen Arbeiters

Gestern in den zeitigen Morgenstunden wurde auf der Bahnhofstraße Chemnitz-Stießbach vor dem Bahnhof Stießbach die zerstürzte Leiche eines 17 Jahre alten Arbeiters von hier aufgefunden. Nach den kriminopolistischen Erörterungen liegt Selbstmord vor. Die Gründe, die den jungen Mann zu diesem Schritte veranlaßt haben, sind nicht bekannt. Dieser Fall zeigt erneut, in welch furchtbare materielle und seelische Zustand sich die proletarische Jugend befindet.

Schon wieder ein Kind überfahren!

Am 27. Februar, gegen 14.45 Uhr, wurde auf der Tornstraße im Ortsteil Reid, unweit der Neider Straße, ein fünfjähriges Mädchen von einem Poststrafwagen erfaßt und zu

Boden geworfen, wobei ihm der linke Unterschenkel abgeschnitten wurde. Nach den kriminopolistischen Feststellungen trifft das Kind allein die Schuld. Es ist beim Spiel unabsichtlich schnell über die Straße direkt in den Wagen hineingelaufen. – So meldet tonitruisch der Krimininalbericht. Wo sollen denn die Kinder heute spielen? In den Höfen der Mietshäusern oder auf den wenigen Spielplätzen? Den Kindern der Reichen kann ein solches Unglück nicht passieren, sie gehen nur unter guter Aussicht spazieren.

Aus dem vierten Stockwerk abgestürzt. Am Dienstag in der achten Morgenstunde stürzte in Dresden-Neustadt an der Eduard-Matzgrafen- und Louisestraße eine in den drei Jahren liegende Rentenempfängerin beim Fensterreinigen im vierten Stock durch die schweren Verleukungen insatzt der Tod auf der Stelle ein.

„Freudinnen“ junger Mädchen

Sie stehen auf den Bohnhöfen. Und warten. Auf verlorene Unschuld. Mit Erfolg.

Heute kam ein Dienstmädchen aus Niels auf die Hauptbahnhof an. Sie wollte in einer „Gnädigen“ in Stellung über bei der „Gnädige“ war die bisherige Nördlin noch anwesend. Und die „Gnädige“ hatte es natürlich nicht notig zu fragen, ob ihr Dienstmädchen von morgen heute untergebracht sei. Es war Abend. Alles ging das Mädchen zum Badbad zurück. Erst morgen begann ihr Dienst! Erst morgen hätte sie bei der „Gnädigen“ Anspruch auf Bett und Tisch! Anwesen oder, was tun?! Sie war ohne Mittel! Wendete sich also verzweifelt an die „Freudinnen junger Mädchen“. Erfolglos! Weil sie keine Mittel hatte, gab es für sie auch kein Bett. Vermühten beim „Ajal für Gnädigste“ seitigten die Auflösung, ein „Armutsgenossen“ beizubringen. So, also leichter bürgerliche Hilfsinstitutionen aus. Und so beginnt oft die Prostitution!

Alle Jupiterlampen auf Betrieb! Dejina's Film: amerikanischer Schauspieler: Ungarn, Romantik und Orient-Große. Was heißt Orient? Die tolle Komödie heißt jetzt unbekannt ihren Dorfchefslohn. Er mag sich biegen oder verbrechen jeheret wird! Hochgrätziger Bauer nimmt's bisschen kleinen Appeler – das Unmöglichste wird möglich – aus Begehrungen glänzend gerät die Wiedergabe hervor, laufender dummköpfiger Vorstehermeute! Der verunglückte Hausmeister Bräutigam als Sohn, der glückliche Märchenprinz in weißblau – ein „Alo“! Dies alles: „Die gescheitete Braut“ im „Alo“. Sie kann uns geliehen bleiben.

Die Dresdner Stadtoberhäupter beraten in ihrer heutigen Sitzung u. a. über folgende Anträge der Kommunisten: Die Unregelmäßigkeiten bei der Straßenbahn-Aufhebung der Verordnung über Abreise der Betriebsräume, die Belieferung der unbillabaren Zustände in der Großmarkthalle, Gewährung der erhöhten Bedarfszölle ab 1. Oktober 1927 sowie um Weiterzahlung der Arbeiterfürsorge über den 1. April hinaus. Auf diesen Punkten steht eine Anzahl anderer wichtige Fragen zur Behandlung.

Strassenperrung. Wegen Schotterdeckschichtung u. die Komplexbaus mißlicher Wirtschafts- und Betriebszölle auf der Seite der Arbeit. Da die Abreisegebühren gelassen werden. – Wegen Kanalbau u. die Straße „Am Wasser“ zwischen Friedhof und Bahnhof kommt auf die Seite der Arbeit. Für den Bauabschnitt gelassen werden.

Freital. Eintrittserlöse im Vorberlauf für den Bahnbus, ausgenommen den „Klein-Kreis“, am 2. März im Großbahn-Welt u. 30 Pf. pro Abreisegebühr, haben beim Bahnbus-Büro, Görlitzer Straße 11, Friedländer Straße 11, Görlitzer Straße 17, Görlitzer Platz, Mühlbergstraße für alleinigen Fahrer, Görlitzer Straße 19, Görlitzer Platz, Mühlbergstraße 19, Friedländer Straße 13, Friedländer Platz, Friedländer Straße 2, Friedländer Platz, Görlitzer Straße 6, Görlitzer Platz, Friedländer Straße 10, Friedländer Straße 12, Friedländer Platz, Friedländer Straße 14, Friedländer Platz, Friedländer Straße 16, Friedländer Straße 18, Friedländer Straße 19, Friedländer Straße 20, Friedländer Straße 21, Friedländer Straße 22, Friedländer Straße 23, Friedländer Straße 24, Friedländer Straße 25, Friedländer Straße 26, Friedländer Straße 27, Friedländer Straße 28, Friedländer Straße 29, Friedländer Straße 30, Friedländer Straße 31, Friedländer Straße 32, Friedländer Straße 33, Friedländer Straße 34, Friedländer Straße 35, Friedländer Straße 36, Friedländer Straße 37, Friedländer Straße 38, Friedländer Straße 39, Friedländer Straße 40, Friedländer Straße 41, Friedländer Straße 42, Friedländer Straße 43, Friedländer Straße 44, Friedländer Straße 45, Friedländer Straße 46, Friedländer Straße 47, Friedländer Straße 48, Friedländer Straße 49, Friedländer Straße 50, Friedländer Straße 51, Friedländer Straße 52, Friedländer Straße 53, Friedländer Straße 54, Friedländer Straße 55, Friedländer Straße 56, Friedländer Straße 57, Friedländer Straße 58, Friedländer Straße 59, Friedländer Straße 60, Friedländer Straße 61, Friedländer Straße 62, Friedländer Straße 63, Friedländer Straße 64, Friedländer Straße 65, Friedländer Straße 66, Friedländer Straße 67, Friedländer Straße 68, Friedländer Straße 69, Friedländer Straße 70, Friedländer Straße 71, Friedländer Straße 72, Friedländer Straße 73, Friedländer Straße 74, Friedländer Straße 75, Friedländer Straße 76, Friedländer Straße 77, Friedländer Straße 78, Friedländer Straße 79, Friedländer Straße 80, Friedländer Straße 81, Friedländer Straße 82, Friedländer Straße 83, Friedländer Straße 84, Friedländer Straße 85, Friedländer Straße 86, Friedländer Straße 87, Friedländer Straße 88, Friedländer Straße 89, Friedländer Straße 90, Friedländer Straße 91, Friedländer Straße 92, Friedländer Straße 93, Friedländer Straße 94, Friedländer Straße 95, Friedländer Straße 96, Friedländer Straße 97, Friedländer Straße 98, Friedländer Straße 99, Friedländer Straße 100, Friedländer Straße 101, Friedländer Straße 102, Friedländer Straße 103, Friedländer Straße 104, Friedländer Straße 105, Friedländer Straße 106, Friedländer Straße 107, Friedländer Straße 108, Friedländer Straße 109, Friedländer Straße 110, Friedländer Straße 111, Friedländer Straße 112, Friedländer Straße 113, Friedländer Straße 114, Friedländer Straße 115, Friedländer Straße 116, Friedländer Straße 117, Friedländer Straße 118, Friedländer Straße 119, Friedländer Straße 120, Friedländer Straße 121, Friedländer Straße 122, Friedländer Straße 123, Friedländer Straße 124, Friedländer Straße 125, Friedländer Straße 126, Friedländer Straße 127, Friedländer Straße 128, Friedländer Straße 129, Friedländer Straße 130, Friedländer Straße 131, Friedländer Straße 132, Friedländer Straße 133, Friedländer Straße 134, Friedländer Straße 135, Friedländer Straße 136, Friedländer Straße 137, Friedländer Straße 138, Friedländer Straße 139, Friedländer Straße 140, Friedländer Straße 141, Friedländer Straße 142, Friedländer Straße 143, Friedländer Straße 144, Friedländer Straße 145, Friedländer Straße 146, Friedländer Straße 147, Friedländer Straße 148, Friedländer Straße 149, Friedländer Straße 150, Friedländer Straße 151, Friedländer Straße 152, Friedländer Straße 153, Friedländer Straße 154, Friedländer Straße 155, Friedländer Straße 156, Friedländer Straße 157, Friedländer Straße 158, Friedländer Straße 159, Friedländer Straße 160, Friedländer Straße 161, Friedländer Straße 162, Friedländer Straße 163, Friedländer Straße 164, Friedländer Straße 165, Friedländer Straße 166, Friedländer Straße 167, Friedländer Straße 168, Friedländer Straße 169, Friedländer Straße 170, Friedländer Straße 171, Friedländer Straße 172, Friedländer Straße 173, Friedländer Straße 174, Friedländer Straße 175, Friedländer Straße 176, Friedländer Straße 177, Friedländer Straße 178, Friedländer Straße 179, Friedländer Straße 180, Friedländer Straße 181, Friedländer Straße 182, Friedländer Straße 183, Friedländer Straße 184, Friedländer Straße 185, Friedländer Straße 186, Friedländer Straße 187, Friedländer Straße 188, Friedländer Straße 189, Friedländer Straße 190, Friedländer Straße 191, Friedländer Straße 192, Friedländer Straße 193, Friedländer Straße 194, Friedländer Straße 195, Friedländer Straße 196, Friedländer Straße 197, Friedländer Straße 198, Friedländer Straße 199, Friedländer Straße 200, Friedländer Straße 201, Friedländer Straße 202, Friedländer Straße 203, Friedländer Straße 204, Friedländer Straße 205, Friedländer Straße 206, Friedländer Straße 207, Friedländer Straße 208, Friedländer Straße 209, Friedländer Straße 210, Friedländer Straße 211, Friedländer Straße 212, Friedländer Straße 213, Friedländer Straße 214, Friedländer Straße 215, Friedländer Straße 216, Friedländer Straße 217, Friedländer Straße 218, Friedländer Straße 219, Friedländer Straße 220, Friedländer Straße 221, Friedländer Straße 222, Friedländer Straße 223, Friedländer Straße 224, Friedländer Straße 225, Friedländer Straße 226, Friedländer Straße 227, Friedländer Straße 228, Friedländer Straße 229, Friedländer Straße 230, Friedländer Straße 231, Friedländer Straße 232, Friedländer Straße 233, Friedländer Straße 234, Friedländer Straße 235, Friedländer Straße 236, Friedländer Straße 237, Friedländer Straße 238, Friedländer Straße 239, Friedländer Straße 240, Friedländer Straße 241, Friedländer Straße 242, Friedländer Straße 243, Friedländer Straße 244, Friedländer Straße 245, Friedländer Straße 246, Friedländer Straße 247, Friedländer Straße 248, Friedländer Straße 249, Friedländer Straße 250, Friedländer Straße 251, Friedländer Straße 252, Friedländer Straße 253, Friedländer Straße

Zum Internationalen Frauenwochen!

Alara Zetkin ruft die Frauen!

Die schaffenden Frauen Deutschlands müssen am Internationalen Frauenwochen, dem 8. März, Abrechnung halten mit der bürgerlichen Welt.

Unberührte denn je werden die werktätigen Frauen ausgebaut und entrichtet. Die Nationalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Geld- und Machtpolitiker zuliebe tritt die deutsche Bour-

geoisie die Kulturrevolution mit Füßen, sie liertet die Volksschule der Verpflichtung aus, das heranwachsende Geschlecht soll als bürgerliches und williges Ausbildungssubjekt erhalten werden.

Aufklärungsplakat: Berühmtes Elend, härtete Knabenschule,

das ist die Zukunftslinie der werktätigen Frauen Deutschlands am 8. März.

Auch der Weltkapitalismus sucht sich durch wachsende Ausbeutung und Verflüssigung der Werktäglichen, insbesondere der schaffenden Frauen, am Leben zu erhalten. Dem historischen Gesetz der proletarischen Revolution zu entziehen.

In allen Nationen und mit allen Mitteln bereitet er die politische, wirtschaftliche und militärische Abdärgung der Sowjetunion, des einzigen Arbeitersstaates der Welt, vor.

Es versteht sich, daß die schaffenden Frauennationen weder

gleichgestellt, noch erkradet werden, wie der Weltkonzern zusam-

mmt zur Vernichtung des Staates der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbaus anstellt. Auch sie müssen bewußt, entschlossen, operieren. Bei der Verteidigung des Schöpfungsvertrages der proletarischen Revolution werden die Frauen der Sowjetunion ihrer großen, formidablen Vergangenheit, ihrer sozialistischen Aufbauarbeit der Gegenwart eben

hinterher eilen. Die Arbeiterschaften der Welt, vor.

Die schaffenden Frauen Deutschlands zum Kampf wider die Kapitalgewaltigen.

Das leuchtende Beispiel des einzigen wahren Friedensstaates der Welt, Sowjetrussland, zeigt ihnen, daß der Kampf

sehrlich geführt werden kann und wie er geführt werden muß

um Ausbeutung und Knabenschule zu beenden. Die russischen

Arbeiterinnen rufen ihren deutschen Arbeiterschwestern am

Internationalen Frauenwochen zu:

Auf! Kommt nicht! Auch ihr kann eure Freiheit verlieren

und eine Welt gewinnen!

die wichtigste Grundlage: die Sicherstellung für die Schwangeren und die Mütterinnen. Die schwangere und stillende Mutter kann jederzeit vom Unternehmer schimpf auf das Werkzeug geworfen werden, wenn sein Profit oder seine Löhne das verlangt. Die sozialen Fürsorgeanstalten und Fürsorgeeinrichtungen zugunsten der Mütterinnen, der Säuglinge und Kleinkinder sind dem Umfang nach ungenügend, und ihre Leistungen fordern oft scharfe Kritik heraus.

Ihre Geld- und Machtpolitiker zuliebe tritt die deutsche Bour-

geoisie die Kulturrevolution mit Füßen, sie liertet die Volksschule der Verpflichtung aus, das heranwachsende Geschlecht soll als bürgerliches und williges Ausbildungssubjekt erhalten werden.

Aufklärungsplakat: Berühmtes Elend, härtete Knabenschule,

das ist die Zukunftslinie der werktätigen Frauen Deutschlands am 8. März.

Auch der Weltkapitalismus sucht sich durch wachsende Aus-

beutung und Verflüssigung der Werktäglichen, insbesondere der schaffenden Frauen, am Leben zu erhalten. Dem historischen

Gesetz der proletarischen Revolution zu entziehen.

In allen Nationen und mit allen Mitteln bereitet er die poli-

tische, wirtschaftliche und militärische Abdärgung der Sowjet-

union, des einzigen Arbeitersstaates der Welt, vor.

Es versteht sich, daß die schaffenden Frauennationen weder

gleichgestellt, noch erkradet werden, wie der Weltkonzern zusam-

mmt zur Vernichtung des Staates der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbaus anstellt. Auch sie müssen bewußt,

entschlossen, operieren. Bei der Verteidigung des Schöpfungsvertrages der proletarischen Revolution werden die Frauen der Sowjetunion ihrer großen, formidablen Vergangenheit, ihrer sozialistischen Aufbauarbeit der Gegenwart eben

hinterher eilen. Die Arbeiterschaften der Welt, vor.

Die schaffenden Frauen Deutschlands zum Kampf wider die Kapitalgewaltigen.

Das leuchtende Beispiel des einzigen wahren Friedensstaates der Welt, Sowjetrussland, zeigt ihnen, daß der Kampf

sehrlich geführt werden kann und wie er geführt werden muß

um Ausbeutung und Knabenschule zu beenden. Die russischen

Arbeiterinnen rufen ihren deutschen Arbeiterschwestern am

Internationalen Frauenwochen zu:

Auf! Kommt nicht! Auch ihr kann eure Freiheit verlieren

und eine Welt gewinnen!



Genossin Krapskaja mit Kongressdelegatinnen.

schaft, Gemeinde und Staat wird auf ihre Kosten durchgeführt, wie auf Kosten ihrer Mutter, Söhnen und Brüder. Sie bringen den Arbeiterninnen und ihren Zwischenfirmen im Büro und Laden überarbeiterruhe und Ausbeutung der Maschinen- und Arbeiterhaft auf das äußerste. Hungerentziehung, unerhörte Misshandlung, manchmal auch Entlastung und Brotdrohungen. Die Arbeiterschaft, wunderlich aus Entlastung und Brotdrohungen. Die Arbeiterschaft, wunderlich aus Entlastung und Brotdrohungen. Und die Tiere der Arbeitersinnen wurden ebenfalls noch abgebaut. Die gezwungenen Bevölkerungen über die Verhängnisse vor und nach der Rückerholung kann nur die Weltkriegsschau vor, denn es fehlt

einer unmenschlichen Ausbeutung zu unterwerfen. Das Herz bricht sich zusammen, wenn man die Bedingungen erläutert unter denen Frauen — und mit ihren Kindern von fünf bis sechs Jahren — in China in den Fabriken schlafen und schwitzen. Nicht wesentlich besser ist die Lage, die überallrumme Engländer in Indien den Arbeiterninnen in Fabriken, Bergwerken und Plantagen bereiten.

Wohin immer am Internationalen Frauenwochen die proletarischen Frauen eilen, sehen sie, daß der Weltkapitalismus auf den Schultern der niedergehaltenen Arbeiterschaft seine Praxis einholt.

Darum rufen wir allen proletarischen Frauen am

8. März zu:

Hinein in die Front gegen den Ausbeuterungs- und Unterdrückungskrieg des Kapitalismus!

Schließt die rote Front!

Arbeiterschwestern, habt ihr schon vernommen
Unser Kampfruf: Schließt die rote Front!
Mütter gehen unter roten Fahnen,
An die Herzen neues Leben kommt.

Aus den Nächten, den Fabriken, strömt die Frauen

mutige Schar,

Und aus Quellen, Not und Sorgen
Wächst ein Wille, stolz und wunderbar.

Frauen! Unter die befreite Erde!

Sprengt die Fesseln, brecht die Sklaverei!

Euer Kind ein freier Mensch einst werde!

Schließt die rote Front, zum Klassenkampf herstell!

Nur Proleten, schließt die Reihen!

Und ihr Frauen, reicht euch ein!

Arbeitskräfte, rote Fahnen!

Unter wird der große Endtag sein!

Die Befreiung der proletarischen Frau in der Sowjetunion

Die proletarische Revolution hat den schaffenden Frauen

der Sowjetunion eine unvergleichliche Lebensverbesserung gebracht.

Die Auswärtsentwicklung der Lage der Proletarierinnen und Kleinbauerninnen der Sowjetunion hat seit dem vorjährigen 8. März weitere Fortschritte gemacht. Die Arbeitslöhne erwarten für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie der Mann. Die Löhne sind gestiegen, es erfolgt Fortschreitung des vollen Lohnes oder Gehalts während der gelegentlich schließen Ferien und während der zwei Monate Urlaub vor und nach der Herbstferien.

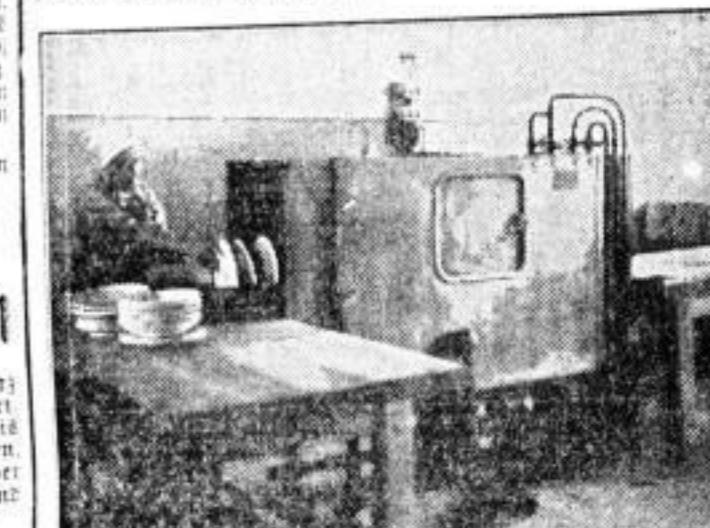
Ambulanz und Sanatorien, Ferien- und Erholungsheime — meist in den prächtigen Schlössern und Villen der großbürgerlichen Russen, Adligen und Bourgeoisie, stehen den qualifizierten Arbeitern offen. Der Verantwaltung der Frauen

zu qualifizierten Arbeiterninnen, älteren Frauen beruflichen Erziehung in Gewerbeschulen, Kadettenschulen und Polyt-

techniken wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Die leitenden Wirtschaftsbehörden sind in Gemeinschaft mit Gewerkschaften und Kommunistischer Partei auf das äußerste bemüht, die Rationalisierung der Betriebe ohne Schädigung der Arbeiterschaften durchzuführen. Die Arbeitersinnen, die verantwortigen Frauen durchhaben als erste Gleichberechtigte Sitz und Stimme in den Fabrikversammlungen, ihre frei gewählten Vertreterinnen sind

Arbeitende und Wissenschaftende in allen Körperschaften und Organen, die das Wirtschaftsleben organisieren und regeln. Der demokratische Übergang vom Arbeitstag zum Gedankenfest — ohne Kürzung des Lohnes — kennzeichnet, daß das Proletariat nicht mehr die ausgedienten, sondern die dauernde Klasse geworden ist. Seit dem 8. März 1927 sind eine feste Anzahl neuer Bäuerinnen, Männer und Säuglinge gegründet worden, darunter muttertätige An-

hälften. Die Zahl der Kräppen und Kindergruppen bei Betrieben



Erleichterung der Haushaltarbeit durch Ausnutzung der Technik in einer Sowjetküche, die mit einer mechanischen Abwaschvorrichtung versehen ist.

mit starker weiblicher Belegschaft im Arbeitervierteln ist gewünscht, in den Dörfern verlangen die Bäuerinnen mit wachsender Dringlichkeit Einrichtungen der gleichen Art und organisieren sie selbst auf genossenschaftlicher Grundlage.

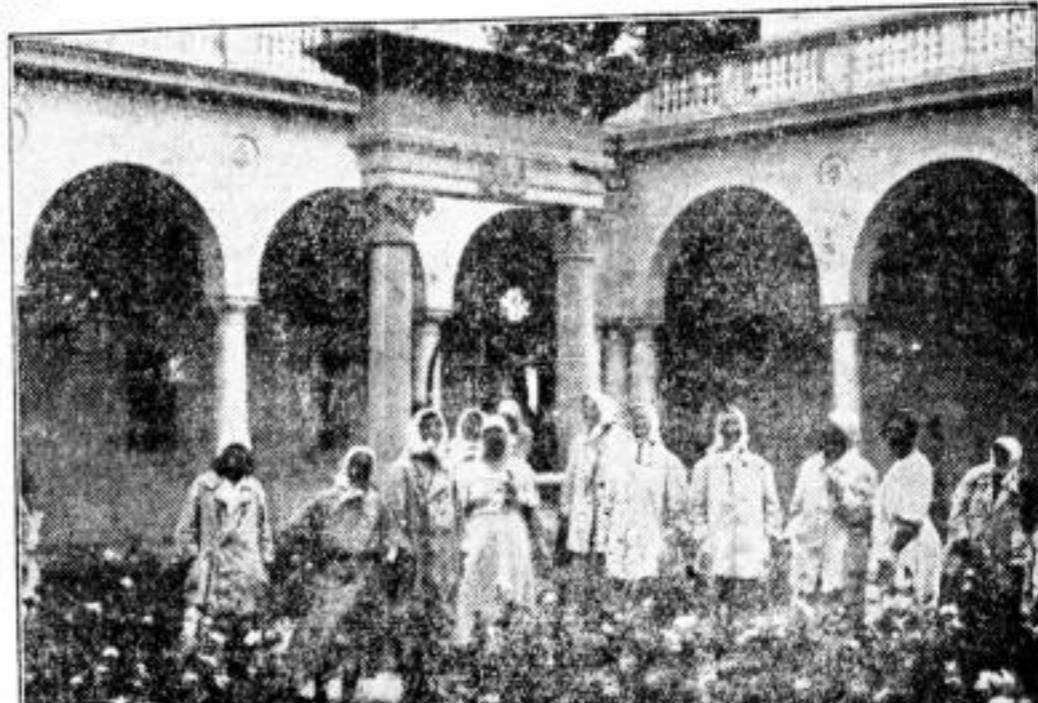
Die großen Gemeinschaftsstäuben in Sowjetwohnungen, Kitchens, Wohnblöcken und anderen Wohnhäusern haben ihre Produkte ständig verdankt und zur Gründung weiterer derartiger Unternehmungen zur Entwicklung der Haushalte angeregt. Große Bäckereien und andere Anstalten werden gegründet, die beim gleichen Zweck dienen.

Die werktätigen Frauen der Sowjetunion nehmen regelmäßige und wachsende Anteil an dem reich empirischenden Bildungs- und Kulturleben. Sie holen nach, was ihnen Jahrhunderte der Unfreiheit und Unterdrückung schuldig geblieben sind. Ihre aktive Beteiligung am Staatsleben ist handig im Bauernhof, so daß in der Sowjetunion die proletarischen Frauen auf den Gebieten des sozialistischen AufbauprozesSES gleichberechtigte und gleichverantwortliche Mitarbeiterinnen sind.

Darum liegt Sowjetrussland, der einzige proletarische Staat, allen Arbeitern und Arbeiterninnen am Herzen und ruft ihnen zu, am Internationalen Frauenwochen auf neue zu setzen den Wochenkampf gegen die Angreife der Imperialisten auf die Sowjetunion.



So sieht die Wohnungslösung der deutschen Republik aus! — Obdachlose Frauen im Schlafraum des städtischen Obdachlosenasyls.



Bäuerinnen der Sowjetunion erhöhen sich im Sanatorium, einem früheren Zarenschloss in Livadia (Krim).

Bezirkskonferenz des DMB, Bezirk Dresden

Niederlage der Bezirksleitung in der Arbeitszeitfrage / Verschärfe Kommunistenhefe und Ausdruckshandlungen statt Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung

Vergangenen Sonntag fand die jährliche Bezirkskonferenz des DMB, Bezirk Dresden (Sachsen), in Leipzig statt. Die Tagessitzung bestand aus dem Bericht der Bezirksleitung. Der Beitrag des Vorstandesmitgliedes Brandes wurde von der Tagessitzung abgelehnt, da man nach der vorangegangenen Fraktionssitzung der SPD mit lebhaften Auseinandersetzungen rechnete. Anwesend waren 77 Delegierte, die Mitglieder der Bezirksleitung und der Bezirkskommission und 12 Mitglieder als Gäste.

Die Konferenz zog noch entscheidenden Kämpfen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland. Zur Zeit der Tagung stehen noch immer die Hüttenarbeiter im Kampf um den Achtstundentag. Rund 200 Tarifverträge stehen vor dem Abschluss, davon allein 200 höhere Tarifverträge. Die Metallarbeiter in Sachsen feiern seit einem halben Jahr um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, insbesondere vor einem entscheidenden Lohnkampf. Der Bezirksleiter Leichgräber hieß im seinem Bericht einen erzielbaren Zusammenschluss der Organisation fest. Trotz allem kam aus den Ausführungen Leichgräbers und Brandes nicht zum Ausdruck, daß sie beiden waren der Situation entsprechend Kampfscheidungen zu treffen.

Leichgräber sprach von der Notwendigkeit des Industriekombinates, jedoch nicht um der breiteren Kampffront wegen, sondern um der Stärkung der Finanzen der Organisation. Während er zum Schlichtungsweichen keine klare Stellung beziehen ließ, reichlich das Wenn und Aber bediente, ohne das Schlichtungsweichen abzuschließen, ließ er eine ungewisse Kommunistenhefe vom Stapel. Die kommunistische Presse wurde der Lügenmeldungen bezichtigt, wobei er Leichgräber wohlweislich unterstellt, dafür auch nur einen Beweis zu erbringen. Zu den Funktionen der Organisation erklärte er, wie es wage, während des Kampfes in Wort oder Schrift eine Anerkennung der Tarife zu fordern, der schädige die Organisation. Mit diesen Worten kündigte Leichgräber neue Ausschüsse der Bezirksleitung und des Hauptvorstandes gegen oppositionelle Mitglieder an.

Kollege Stange, 1. Bevollmächtigter in Limbach, kennzeichnete treffend das System der Schiedsgerichtsbarkeit als Zeichen der Verabschiedung der Klassenfeindschaft. Zum Beweis zitierte er unter anderem die Chemnitzer Volksstimme vom 21. Dezember 1927, die eine treffende Charakterisierung des Schlichtungskommandos wie folgt gibt: "Die Schlichtungspolitik hat ergeben, daß für ein Abhängen des Lohnes in Revolutionsspielen mit ihren Arbeitslosenwellen auf das unter gegebenen Umständen niedrige Niveau nicht verhindern kann. Ausgedehnt macht das Schlichtungsweichen in einem bürgerlichen Staate das wirkliche Spiel des kapitalistischen Lohnpolitis zum einseitigen Nachteil der Arbeiterschaft unmöglich, da eine bürgerliche Regierung ihre Macht immer zum Vorteil ihrer Klasse und auf Kosten des Proletariats ausübt". Genosse Stange behandelte die politische Bedeutung der sich rasch entwidelnden Konzentration der Montanindustrie, wobei er wiederum zum Beweis seiner Ausschüsse auf einen linksliberalen Schriftsteller des Hamburger Wirtschaftsdienstes hinweist, der folgendes schreibt:

"Ein Stillstand ihrer Werke (der Schwerindustrie) bedeutet Lahmlegung der ganzen Wirtschaft und hängt als furchtbare Drohung über dem Leben des Reiches, so daß die regierenden Kreise und Parteien in allen Dingen nachsehen müssen... Der Reichstag kann nichts gegen ihren Willen beschließen."

Der Kampf der Metallarbeiter — so führt Gen. Stange fort — erfordere Sammlung aller Kräfte und nicht die Abtötung der Unionen. Der Kampf um Lohnsteigerung müsse intensiver geführt werden. Schließlich das Mitteilungsblatt der Metallarbeiterinternationale müsse feststellen, daß die Lohn erhöhungen bisher kein Durchbruch der Kaufkraft des Lohnes ursächlich gemacht wurden. Auch bei dem vergangenen Kampf der Hüttenarbeiter sei „durch die eigene Nachgiebigkeit“ der Arbeiter — wie es die Metallarbeiterzeitung Nr. 8 selbst nennt — „die ahermals auf den seit Jahren versprochenen Achtstundentag in den Hüttenwerken verzichtet haben“, der Erfolg verloren gegangen. Diesem Zustand der dauernden Friedenlosen muß ein Ende bereitet werden, durch Aufrichtung einer politischen Front der proletarischen Klasse gegen das Trustkapital.

Genosse Müller, Chemnitz, gab der starken Unzufriedenheit der Mitglieder Ausdruck. Die Kraft der Arbeiter-

schaft, die von den Gewerkschaften in die Wagschale des Kampfes gelegt werde, entspreche nicht der Kraft der Arbeiterklasse. Die Kollegen von früher (Kauf, Bonnchen und Genossen) geben heute weniger durch Schiedsgericht, als früher durch freie Vereinbarung erzielt wurde. Das Schlichtungsverfahren müsse befehligt werden. Die ständige Arbeitssucht sei die der Nachkriegszeit gewesen unter einem schlechten Produktionsapparat. Die rationalisierte Wirtschaft könne die 44,5-Stundenwoche wesentlich leichter tragen. Zu den proletarischen Arbeiterschaftsfirmen sprechen soll er jetzt, da die IAB nie verloge habe. Ihre Tätigkeit ende nicht etwa mit dem Wahl-Brot, sondern beginne erst damit und ende mit der Stärkung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaftsbewegung überhaupt. Zum Schluszu rief er den Delegierten zu: Vergelt nicht, daß ihr Verteiler von 123 000 organisierten Metallarbeiter seid. Wir, die Opposition, ringen um die Taktik, doch hoffend, daß wir im Kampf alle eins sein werden.

Der Leipziger Bevollmächtigte Schäfer (SPD) geht vorwiegend auf die Frage der Arbeitszeit ein. Trotz Hochkonjunktur sei der tiefste Stand der Leipziger Metallarbeiter immer noch 200 Erwerbstage, und zwar vorwiegend Facharbeiter gewesen. Dieser Zustand der bestehenden Erwerbstätigkeit rechtfertige doch die Forderung nach der 44,5-Stundenwoche rechtlich. Redner bezeichnet die Schlichtungsinstitutionen als das beste politische Barometer der politischen Rechtsverschärfung.

Brandes, vom Hauptvorstand, übte sich in wütiger Kommunistenhefe. Die verdammte Bedürfnislosigkeit der deutschen Arbeiter (Passeur) sei gelöscht, so sinnieren wie jetzt noch schließen, wagte dieser ehemalige Unabhängige, lehnt auf dem äußersten rechten Flügel der SPD stehende Brandes zu erklären. Auf die Ausführungen des Genossen Stange ließ Brandes die alte Walze laufen: „So lange nur jemand sprechen, der keine verantwortliche Stellung in der Organisation einnimmt.“ Als ihm zugesehen wurde, daß Stange Geschäftsführer sei, bestimmt er diesen Neinfeld mit einer einzelnen wütigen Kommunistenhefe. Zur Verbindlichkeitserklärung lagte er: „Wenn sie sich nicht die Tarife verschreiben wollen, müssen sie die Verbindlichkeitserklärung in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet anerkennen, sonst erschüttern sie überhaupt die Tarifverträge.“ Gegen das Urteil der Volksstimme, dessen Herkunft der etwas

schwätzige Brandes nicht verstanden hatte, sah er will zu Hilfe, bis man ihm sagte, daß er gegen die Volksstimme, kein Parteiorgan, polemisierte. Tarif, große Verlegenheit bei diesem potentiellen Reformen.

Im Schluswort sagte Leichgräber, das Schlichtungsverfahren müsse wieder zum Nutzen der Arbeiterschaft gestaltet werden, und zwar immer, mehr und mehr! Über diese Einheitlichkeit haben sogar SPD-Delegierte lachendquitte.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde von den 77 Delegierten der Konferenz gegen 2 Stimmen die 44,5-Stundenwoche zum Schluss erhoben.

Folgende Entschließung der Opposition wurde gegen 10 Stimmen bei Stimmenthaltung der überwiegenden Mehrheit der Konferenz abgelehnt.

Entschließung

der Bezirkskonferenz des DMB, Bezirk Dresden vom 26. 2. 28:

Die letzten Jahre zeigen eine außerordentlich rohle Konzentrationsbewegung der deutschen Metallindustrie. Diese Entwicklung verbunden mit der steigenden Vertretung des Kapitals, bedingt die Umstellung der zur Sicherung der Existenz der Arbeiterschaft und ihrer wirtschaftlichen Organisationen zu ergreifenden Maßnahmen.

Die Erfahrungen der vergangenen Wirtschaftskämpfe lehren, daß die bislang durchgeführte gewerkschaftliche Taktik unzureichend ist, zur Erhöhung des Reallohnes und zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft. Dies beweisen u. a. die Arbeitszeitbewegung in der deutschen Hüttenindustrie und der mitteldeutsche Lohnkampf.

Der Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung der Schiedsgerichte ist mit aller Entschiedenheit zu führen.

Die erfolgreiche Durchführung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe lehrt voraus eine rechtzeitige, umfassende Mobilisierung der ausdrücklich gewerkschaftlichen Kräfte anderer Industriegewerbe und der proletarischen Hilfsorganisationen.

Die Aufgabe des ADGB in entscheidenden Wirtschaftskämpfen muß in der Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Machtmittel zu einer geschlossenen Front gegenüber der Macht des Trustkapitals bestehen.

Der für die Arbeiterschaft völlig unabdingbare Ausgang des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes verpflichtet den DMB zur Aenderung seiner Taktik im vorstehenden südlichen Tarifkampf. Die Offensive muß im Kampf auf Seiten der Arbeiterschaft sein, da die Jurisdiktionsrichtung in die Defensive durch Ausweitung der Arbeiterschaft stets nachteilig sein wird.

Sozialdemokratische „Bildungsarbeit“

Man sage nicht, die Sozialdemokratische Partei arbeite nicht in der Richtung der „Schulung“ und „Weiterbildung“ ihrer Mitgliedschaft. Dem anlässlich des 80jährigen Jubiläums des Kommunistischen Manifests bereitete der Parteiverlag der SPD (der Dierck Verlag) eine Übersetzung und ein Werkzeug für das deutsche Proletariat vor. Der Dierck Verlag hat sich daran erinnert, daß er zugulden auch seine Traditionen hat und Traditionen verpflichten bekommt. Nachdem man jahrelang alle möglichen Fücher und Blätter ehrlichen und ethischen Inhalts veröffentlicht hatte, lädt man plötzlich die alte Tradition des Dierck Verlags wieder aufzuleben und veröffentlicht — man höre und staune — eine Originalausgabe von Karl Marx. Und zwar plant der Dierck Verlag den Neudruck der „Neuen Rheinischen Zeitung“, deren Redakteur Karl Marx bekanntlich lärmte Zeit war. Da die Publikation von Schriften von Karl Marx in den letzten Jahren bei der Sozialdemokratischen Partei ein wenig aus der Mode gekommen ist, soll die fehlende Quantität durch die Qualität ersetzt werden. Denn der Neudruck soll in originalauthentischer Form als Kostüm auf tabellarisch holzstieltem Verlagstypus, als Leinenband mit Doppellöffnungen und echter Altdengoldprägung, in zwei Preishabenden im Originalformat der Zeitung angeboten werden.

Somit ist die Sache ja nett und schön. Da kommt noch einmal jemand und behauptet, die Sozialdemokratische Partei pflege nicht die Traditionen des Marxismus. Doch die Sache hat ihren Haken. Alle wichtigen Artikel von Marx und Engels, die in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ erschienen sind, werden in der Jubiläumsausgabe der Werke von Marx und Engels herausgegeben vom Marx-Engels-Institut veröffentlicht. Insofern ist

die Herausgabe des Originaldrucks der „Neuen Rheinischen Zeitung“ völlig überflüssig. Aber jetzt kommt der Glanz der ganzen Angelegenheit. Der Ladenpreis dieser Originalausgabe beträgt — sage und schreibe — 180 Mark. Der „Klassenkampf“, das theoretische Organ der linken Sozialdemokraten, kostet folgendes über den Preis dieser Produktausgabe: „Man sieht daraus, daß nicht nur die wissenschaftliche Durchbildung der Arbeiterschaft ungeahnte Fortschritte gemacht hat, sondern daß die finanzielle Kraft der bildungsorientierten Überzahl der deutschen Sozialisten mit diesem geistigen Aufschwung Schritt gehalten hat.“ Wir haben diesem ironischen Kommentar des „Klassenkampfes“ nichts hinzuzufügen. Wenn allerdings der „Klassenkampf“ fortläuft: „Die Luxusausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ verlegen wir lieber bis zum 100jährigen Revolutionsjubiläum, so möchten wir behaupten; wenn ich das Erscheinen der Luxusausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ bis zum 100jährigen Revolutionsjubiläum der Sozialdemokratischen Partei vertragen wollte, so leid doch ich eblich und vertragt diese Neuausgabe gleich auf den Kimmerleinstag!“

Einhheitsfront: Sozialdemokraten und Sozialfachisten gegen Kommunisten

Borna, Auf dem jetzt wieder beginnenden Schulneubau boten die Arbeiter einen Delegierten gewählt. Weil dem Betreffenden in der letzten Generalversammlung der Bauarbeiter das Buch abgenommen wurde, weil er gegen den Ausfluktu von Rohlfing und Hornisch gesprochen hatte, ließ er sich die Wahl von fünf Kollegen bestätigen. Die Unterstift hatte auch ein USP-Mann, Herr Schwabe geleistet.

Nachdem der Herr Stadtverordnete Wehner (SPD) hier von erfahren, drang er auf den USP-Mann, seine Unterstift, zurückzusagen, welchem Schulen dieser auch Schnellens nachkommt. Nun soll noch einer behaupten, die SPD führe keinen Kampf gegen die USP.

Sozialistische Arbeitsetat: für Innern und Außenpolitik: Rudolf Wehner; für Soziale, Gemeinschaftliches: Kurt von Beutelsam; Bruno Seidemann; für den Justizbeamten: Maxius Buerkli; ähnlich in Dresden: Beutelsam. Dresdner Verbandsgelehrte — Dierck „Fenster“ Dienststellenamt Dresden

Der Heilige lief nur an den Trümmern vorüber. Er war in sich gefestigt und schien auch in sich zu leben. Sein Gesicht sah aus, als wäre es eine leere weiße Scheibe.

Der Belgier trat näher und trank. Der Däne, der mit dem Russen heranlief, trank mit. „Auf Ruhland,“ sagte der Däne und hob sein Glas. Der Russ lächelte und goss den Schnaps hinunter.

„Bist du ein Bolschewist?“ fragte der Belgier, der sein Glas ausgezrunken hatte.

Der Russ lächelte wieder. „Ich bestelle Kaffee. Ich bestelle Kaffee. Ich hatte auch in Amerika einen Kaffee. Was soll ich sein? Ich bin ein Bauer.“

Der Belgier machte große Augen und sah den Russen erstaunt an. „Du bist ein wunderbarer Kaffee,“ sagte er, lächelte zu den Bolschewisten und weißt gar nicht, was der Bolschewismus ist.“

Der Russ blinzelte und zeigte dem Belgier die Zähne. „Ich hatte nichts. Ich mußte den ganzen Tag für den Herrn arbeiten. Ich wurde verprügelt. Der alte schreibt: Der Bauer ist frei geworden. Wir haben Kaffee. Genügt das nicht? Wer dem Bauer im Ruhland Kaffee gibt, ist gut!“

Als letzter kam der lange Engländer an den Ausfluktu. Er war am Tisch sitzen geblieben, um zu warten, bis die Jüdin aus dem Raum ging. Sie ging aber nicht. Wenigstens nicht vor ihm. Endlich hatte er sich aufgerichtet und war zuerst gegangen.

Die Frau kam gleich hinter ihm her, sah ihn bei jeder Gelegenheit ernst und ruhig ins Gesicht und trat auch mit ihm an den Ausfluktu.

„Schnaps,“ näherte der Lange und ließ sich ein Glas geben.

„Zwei,“ sagte die Frau laut, und sie nahm das andere und trank es aus. Sie trank noch ein zweites und ein drittes, ließ dann den Longen stehen und trippelte nach der Treppe.

Der Lange, den das überraschte, blickte ihr nach. Die kleinen Füße, die er zum erstenmal sah, und das Schwanken ihres Hinterteiles, sahen ihn an. Er sah sie an und folgte ihr.

Auf der Treppe holte er sie ein. Er drängte sich neben sie und bog seinen Kopf auf ihren Rücken. „Was ich von dir will,“ lagte er, als leise er nur das Gelächter vom Nachmittag fort und rieb sich an ihr, „was ich von dir will? Das!“ Und er zog sie einen langen Arm um sie zu schlingen. Da sie es zuviel, wurde er lärmischer, sah sie fester und drückte sie an sich.

An dem Nachmittag wurde es noch einmal laut. Der Krumme und der Franzose wollten mit dem Russen trinken.

(Fortsetzung folgt.)

PASSAGIERE
DER
KLASSE
ROMAN VON KURT KLÄBER

Fortsetzung 14

Der Gedanke, der wie eine Spinne um die beiden herumtrödelte, kam ihm eilig zu Hilfe. Er packte den Krummen um den Hals und zog ihn an sich, drehte ihn dann die Luft ab, und er tat das so heftig, daß das fette Kinn und der schicke Kopf des Krummen erst rot und später bläulich wurden, und aus dem weitgeöffneten Mund nur noch krähende Laute kamen.

Da stöhnte sich der Franzose eilig wieder auf, sahte nach den Händen des Gedachten und berührte sie, so herabgesunken. „Nicht,“ logte er und unterdrückte mühsam einen neuen Hustenanfall. „Nicht! Wir sind doch Kameraden, Arbeiter. Wie wollen lieber trinken!“

Der Gedanke ließ den Krummen auch gleich los. Er schaute der und redete seinen Hals. Als er dann herumherrschte, um den Gedachten zu posen, stand aber der Franzose schon zwischen ihnen. „Kamerad,“ sagte er noch mühsam und sah den Krummen leicht an der Schulter, „ein Glas für dich und eins für das Frauenzimmer. Sei friedlich. Wir können unsere Kräfte besser gebrauchen als zum gegenseitigen Trittschlag!“

Die Frau, die üngstlich zum Ausfluktu zurückgewichen war und wieder mühsamer lächeln, kam schon mit den Gläsern angerauschen. Sie ließ den rumorenden Krummen leicht in die Seite, beugte ihren Kopf so tief, daß sie in seine nach unten starrenden Augen schen konnte und lächerte ihn an.

Den Krummen mußte das mehr beruhigen als die Worte des Hinterden. Wenigstens glättete sich seine Stirn und das wütende Gesicht; er öffnete sogar den Mund, um ihn der Frau aufzuhören. Die Frau schob ihm aber schnell das Glas entgegen, kippte es in den offenen Mund-hinein und trank schnell das andere Glas selber.

Der Krumme trank noch ein zweites Glas mit dem Franzosen. Der lehnte wieder an der Wand und mäßte sich weiter zu sprechen. „Kamerad,“ wieder holte er, „wir dürfen uns wirklich nicht gegenjetzt an die Kohle fahren. An der unrichtigen Stelle kann viel anderes, die uns die Luft abschneiden.“

„Sieh mich an,“ fuhr er leiser fort. „Ich bin 35 Jahre und habe schon die Schwindsucht am Hals. Ich bin Glasbläser. Die Luft war zu trocken. Zwölf Stunden Arbeit darf auch zu viel. Aber was willst du machen? Ich habe Frau und Kinder in Marseille. Sie haben Hunger!“

„Zehn,“ krähte er auf, möge ich seit zehn Jahren das erste malheimzuhaben. Ich bin Schwindsucht. Ich sollte Soldat werden. Sieh ein Arbeiter auf seine Brüder? Ich bin defekt!“

„Und“, begann er das viermal, und sein Gesicht verzog sich hämisch, „ich wage die Zahne nur, weil die Kerze sagen, daß mir die Luft und das Gehäule in diesem Winter ganz ausgeht. Werden sie einen Sterbenden einsperren?“ Er wurde wiederum. „Bei ihnen ist alles möglich. Nun, wenn ich vorher die Frau und Marseille noch einmal leben kann, ist es mir gleich.“

Der Franzose mußte einen Augendunk schwingen, der Krummen, „es steht und geht alles zu Ende. Ich mit siebzehn du es. Bei unseren Freunden aber auch. Es gelingt etwas in der Welt. Ich spüre es überall. Ich glaube, die nach uns kommen, müssen die Freiheit nicht mehr in den Fremden suchen!“

Der Krumme wurde gerührt von der Vertraulichkeit des anderen. Er nahm ihn fest bei den Schultern und drückte ihn gegen seine Brust. „Ja,“ lächelte er problematisch und hob eines der Gläser: „Die Polizei erwachen! Es geht vorwärts! Es geht vorwärts. Ich kann es nicht mehr in Pittsburg, wo ich war, und sicher auch in Carlisle und in Marseille. Es geht sogar schon.“

„Kamerad,“ lächelte er noch lauter, „da hast auch sonst recht. Wir müssen eineinhalb. Wir müssen unsere Kräfte besser gebrauchen. Alle Hände sollen von nun an die Tüden tragen!“

Der Gedanke und der Däne waren nach oben gegangen. Der Schotte und der Dicke folgten ihnen. Es wurde aber nicht leerer vor dem Ausfluktu, die anderen traten aus dem Raum.

Empfehlung dieser Woche:**Pa. Landschweinefleisch**

Pfund von M. 0.90 an

Pa. frisches Rindfleisch

Pfund von M. 1.00 an

Gewiegtes, halb u. halb

Pfund nur M. 1.00

la frischen Schmer

Pfund nur M. 0.70

Warmen Schinken

in Brotteig gebacken

Freitag von 16 Uhr an

frische Knoblauchwurst

und Würstchen

Hans Stohn, Pirna

Sandgasse 4

Donnerstag
1.
März

**Der Bezugspreis
ist fällig!**

Die Stärke der Zeitung liegt vor allem
in dem Verständnis ihrer Leser.
Beschützt den an anderer Stelle erschie-
nenen und begründeten Appell.

Erhält und hört den Einfluss der

Arbeiterstimmedurch plätschige Entrichtung des Be-
zugspreises.

Unsere Zeitungshöfen sind angewiesen,
die noch außenstehenden und bereits
fälligen Gelder in diesen Tagen
zu erheben. Erleichtert diesen durch
Vereinigung des Geldes die ohne-
dies schwierige Arbeit. Der Verlag

**Heute Donnerstag
Eröffnung!**

Das billige Kaufladen für Dresden-Pieschen

Kaufhaus Peine & Co.

Rehfelder Str. 10, Ecke Bürgerstr.

Wolfschor Heidenau

Sonnabend den 2. März 20 Uhr wird der Jugendchor vom
Heidenauer Wolfschor im Saal der Volksschule sein
erstes Gesangskonzert geben unter Mitwirkung der Tanz-
gruppe der Heidenauer Freien Turnerschaft. Der Eintritts-
preis beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 25 Pf.
Unterstützt durch zahlreichen Besuch diese Veranstaltung der
kleinen Sängerschaft.

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.G.

Zweigniederlassung Dresden

Für das Monats-Ende bringen wir nachstehende

**vorteilhafte Angebote
Billig und gut!**

Gem. weiß, Kristallzucker	Pfd. 32
Spar- u. Norm.-Würfelzuck.	Pfd. 38
Lompenzucker	Pfd. 38
Puderzucker	Pfd. 40
Geröstete Gerste	Pfd. 25
Kornkaffee lose	Pfd. 28
Röstkaffee Santos	Pfd. 65
Wohlschmeckend. Kakao	Pfd. 90
Bosnische Backpflaumen	Pfd. 36
Kaliforn. Backpflaumen	Pfd. von 50
Schönes Mischoh	Pfd. von 55
Halloween-Datteln	Pfd. 65
Aprikosen	Pfd. von 100

Feines Weizenmehl 000	Pfd. 24
Bestes Auszugmehl	Pfd. 26
Kaiser-Auszugmehl grüng.	Pfd. 28
Diamantmehl	Pfd. 30
Schnittdudeln	Pfd. 38
Graupen- u. Fig.-Nudeln	Pfd. 40
Hartgriess-Makkaroni	Pfd. 50
Eierschnittdudeln	Pfd. 56
Wetzengriess mittel	Pfd. 28
Hartweizengriess alle Stärke	Pfd. 30
Graupen grob	Pfd. 28
Haferflocken	Pfd. 32
Goldhirse	Pfd. 34
Weisse Perlbohnen	Pfd. 26
Gutkochende Linsen	Pfd. 32
½, geschälte Erbsen	Pfd. 32
Feinste grüne Erbsen	Pfd. 40
Grobkörniger Bruchreis	Pfd. 21
Burma-Vollreis	Pfd. 24
Italienisch. Tafelreis glas.	Pfd. 32
Moulmain-Reis	Pfd. 34
Frische schwere Eier	Stück 14
Edamer Käse 20%	Pfd. 90
Tafel-Margarine	Pfd. 50
Schweineschmalz amerik.	Pfd. 75
Fett. Rückenspeck amerik.	Pfd. 120

Apfelsinen

sind jetzt billig und süß!

Blut, gemischte Sicil. Früchte ... Pfund nur 30.
Blut, ovale Spanische Orangen ... 8 Stück nur 50.
Extragroße Paterno-Mandarinen ... Pfund nur 50.

Schnittbohnen	... 2-Pfund-Dose	65
Mischgemüse	... 2-Pfund-Dose	75
Schnittspargel, ohne Köpfe,	2-Pfund-Dose	185

Kösl. Leber- u. Blutwurst	Pfd. 100
Thür. Leberwurst, grobe	Pfd. 120
Westf. Plockwurst	Pfd. 180

Rollmöpse in Mayonnaise, Stück	12
Marinierte Heringe	Stück 25
Schollen-Vollheringe	... Pfund 45

Kondensierte Vollmilch

„Verbest“ u. „Bolland“

16 Unzen-Dose nur 55.

Freie Zusendung ins Haus

Für den vollen Einkaufswert verfolgen wir Einkauf-Gutscheine, die am Jahresschluss mit

6 Prozent Rückvergütung

in bar ausbezahlt werden.

Gib 8 auf gute SCHUHE
Jetzt noch außerordentlich günstig!
ANGEBOTE
Seit 20 Jahren als Sehenswürdigkeit mit kleinen
Preisen bekannt!

Schuh-Oestreich, Dresden
1. Geschäft: Jahnstr. 5, am Bahnhof Weißeritzstrasse (2 Schuhläden).
2. Geschäft: Königstraße 19, am Albertplatz (1 Schuhladen).
3. Geschäft: Frauenstr. Ecke Schlossergasse, am Altmarkt (1 Schuhladen).

Alle Farben und Lacke
Vereinshaus und Ballsaal
Meissen
Dresden, 28
holt sich bei Dern neuer
aus zum ersten Mal
denn empfohlen, ob
der Meister treibt
seine Bewirtung
Paul Sachse Pirna
Gegenseite d. Pirnaer Auszeit
Gegenüber d. Pirnaer Auszeit
Gegenüber d. Pirnaer Auszeit